



Protokoll

57. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 26. Juni 2014

09.00 – 12.20 Uhr

Abwesend Vormittag:

Born Marco und Beeler Marie-Theres

Kanzlei

Vetter Peter

Protokoll:

Lölinger Thomas, Kocher Markus und Klee Alex

Index

Mitteilungen	1971
	1988
Traktandenliste	1971
Persönliche Vorstösse	1987

Traktanden

- 1 Wahl der Landratspräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015
gewählt: *Gaugler Daniela* 1971/1974
- 2 Wahl des Regierungspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015
gewählt: *Reber Isaac* 1972/1975
- 3 Wahl des Landrats-Vizepräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015
gewählt: *Meyer Franz* 1975
- 4 Wahl des Regierungs-Vizepräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015
gewählt: *Lauber Anton* 1976
- 5 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015
gewählt: *Klauser Roman, Schweizer Hannes, Würth Mirjam, Imber Siro, Beeler Marie-Theres* 1976
- 6 Wahl eines Mitgliedes der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission anstelle des aus der Kommission zurückgetretenen Michael Herrmann
gewählt: *Hollinger Marianne* 1976
- 7 Wahl eines Mitgliedes der Finanzkommission anstelle des aus der Kommission zurückgetretenen Hans-Jürgen Ringenberg
gewählt: *Straumann Dominik* 1976
- 8 2014/184
Berichte des Regierungsrates vom 27. Mai 2014 und der Petitionskommission vom 17. Juni 2014: 9 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen
beschlossen 1972
- 9 2014/189
Berichte des Regierungsrates vom 3. Juni 2014 und der Petitionskommission vom 17. Juni 2014: 10 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen
beschlossen 1972
- 10 [2014/040](#)
Berichte des Regierungsrates vom 18. März 2014, der Finanzkommission vom 12. Juni 2014 und der Geschäftsprüfungskommission vom 12. Juni 2014: Jahresbericht 2013
beschlossen 1972/1977
- 11 [2014/168](#)
Berichte des Regierungsrates vom 13. Mai 2014 und der Finanzkommission vom 12. Juni 2014: Nachtragskreditbegehren zum Budget 2014
beschlossen 1984
- 12 [2014/135](#)
Berichte des Regierungsrates vom 8. April 2014 und der Finanzkommission vom 26. Mai 2014: Nachtragskredit zur Umstellung der IT-Arbeitsplätze in der Kantonalen Verwaltung auf eine neue Plattform
beschlossen 1985

Nicht behandelte Traktanden

- 13 [2014/041](#)
Berichte des Regierungsrates vom 18. März 2014 und der Geschäftsprüfungskommission vom 12. Juni 2014: Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind
- 14 [2014/036](#)
Berichte des Regierungsrates vom 28. Januar 2014 und der Bau- und Planungskommission vom 2. Juni 2014: Langenbruck, Erneuerung und Umgestaltung Ortsdurchfahrt
- 15 [2013/416](#)
Berichte des Regierungsrates vom 26. November 2013 und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 12. Juni 2014: Verpflichtungskredit für die Schaffung einer kantonalen Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendhilfe für eine Versuchsphase von drei Jahren
- 16 [2014/043](#)
Berichte des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 6. Mai 2014: CSEM; Rückkommensantrag Erwerb von Aktienkapital
- 17 [2013/201](#)
Berichte des Regierungsrates vom 11. Juni 2013 und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 6. Mai 2014: Bericht zum Postulat 2011/303 der SVP-Fraktion vom 3. November 2011: Trägerschaft Uni Basel breiter abstützen
- 18 [2014/140](#)
Berichte des Regierungsrates vom 6. Mai 2014 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 10. Juni: Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2013
- 19 [2014/163](#)
Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IGPK IPH) vom 12. Mai 2014: Jahresbericht 2013
- 20 [2014/164](#)
Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IGPK IPH) vom 12. Mai 2014: Zusatzbericht Mai 2014 aus aktuellem Anlass
- 21 [2013/190](#)
Interpellation von Jürg Wiedemann vom 30. Mai 2013: Vollzug der Lex Koller. Schriftliche Antwort vom 5. November 2013
- 22 [2013/215](#)
Interpellation von Stephan Grossenbacher vom 13. Juni 2013: Strategie für staatliche Bauernhöfe. Schriftliche Antwort vom 22. Oktober 2013
- 23 [2013/218](#)
Interpellation von Georges Thüring vom 13. Juni 2013: Warum wird BaselArea Mitglied des basel-städtischen Gewerbeverbands? Schriftliche Antwort vom 20. August 2013

24 [2013/251](#)

Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 27. Juni 2013: Finanzierungen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege. Schriftliche Antwort vom 20. August 2013

25 [2013/253](#)

Interpellation von Christine Koch vom 27. Juni 2013: Sekundarschulbauten – Wo sind die Investitionsgelder geblieben? Schriftliche Antwort vom 17. Dezember 2013

26 [2013/254](#)

Interpellation der BDP/glp-Fraktion vom 27. Juni 2013: Unternehmenssteuerreform III. Schriftliche Antwort vom 22. Oktober 2013

27 [2013/255](#)

Interpellation der BDP/glp-Fraktion vom 27. Juni 2013: Staatsgarantie der Kantonalbank. Schriftliche Antwort vom 24. September 2013

28 [2013/256](#)

Interpellation von Sara Fritz vom 27. Juni 2013: Sextoys basteln als akademische Disziplin? Schriftliche Antwort vom 22. Oktober 2013

29 [2013/258](#)

Interpellation von Hanspeter Weibel vom 27. Juni 2013: Aufhebung der Staatsgarantie für die Basellandschaftliche Pensionskasse. Schriftliche Antwort vom 24. September 2013

30 [2013/317](#)

Interpellation von Michael Herrmann vom 5. September 2013: Auswirkungen bei der Annahme der Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne» auf den Kanton und die Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 5. November 2013

31 [2013/318](#)

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 5. September 2013: Staatsschutz-Ausgaben? Schriftliche Antwort vom 12. November 2013

32 [2013/319](#)

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 5. September 2013: 11-Milliarden-Loch im AKW-Stilllegungs- und im Entsorgungsfonds. Schriftliche Antwort vom 5. November 2013

33 [2013/320](#)

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 5. September 2013: Radioaktivitäts-Ablagerungen im Rhein? Schriftliche Antwort vom 17. Dezember 2013

34 [2013/328](#)

Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 5. September 2013: Herausforderungen in Asylheimen. Schriftliche Antwort vom 5. November 2013

35 [2013/342](#)

Interpellation der SVP-Fraktion vom 19. September 2013: Amt für Migration zum Thema Integration. Schriftliche Antwort vom 19. November 2013

Nr. 2052

Begrüssung, Mitteilungen

– Begrüssung

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung des laufenden Amtsjahres und damit zur Wahlsitzung für das neue Amtsjahr. Sie begrüsst alle Gäste auf der Tribüne, speziell Nationalrätin Maya Graf, die ehemaligen Landräte und den ehemaligen Regierungsrat Erich Straumann.

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) gratuliert der Schweizer Nationalmannschaft zum gestrigen Sieg und zum Einzug ins Achtelfinal. Es soll ein gutes Omen sein für die heutige Sitzung.

– Glückwunsch.

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) gratuliert Sabrina Corvini-Mohn zu ihrem heutigen runden Geburtstag und wünscht ihr alles Gute. *[Applaus]*

– FC Landrat

Der FC Landrat hat am letzten Freitag an einem Dreilandturnier teilgenommen. Mitgespielt haben auch die Mannschaften des Grossen Rates Basel-Stadt, des Landkreises Lörrach und der Stadtverwaltung Mülhausen. Das Team des Landrates hat einen Podestplatz nur knapp verpasst. Gegen Basel und Lörrach resultierte – natürlich völlig gegen den Spielverlauf – je eine knappe 0:1-Niederlage. Dafür konnte der FC Landrat dem Titelverteidiger und Turnierfavorit aus Mülhausen ein Bein stellen und ein 1:1 erzwingen. Der FC Landrat war an diesem 20. Juni sicher das einzige Schweizer Team, welches gegen einen Gegner aus Frankreich nicht verloren hatte...

– Veloclub Landrat

Die jährliche Tour des Veloclubs des Landrates war diesmal eine internationale. Sie führte über 60 km von Laufen über Lucelle nach Porrentruy. Es gab dabei einige glückliche Höhenmeter zu überwinden. Herzlichen Dank an Monica Gschwind für die Organisation.

– Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Marie-Theres Beeler und Regierungsrat Thomas Weber.

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) informiert, dass Regierungsrat Thomas Weber an der Sitzung der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz teilnimmt. Als Präsident des Vereins Schweizer Innovationspark Region Nordwestschweiz ist seine Anwesenheit an der Sitzung heute ausserordentlich wichtig. Zur Förderung von Wirtschaft, Forschung und Innovation in unserer Region soll ein Netzwerkstandort des Schweizerischen Innovationsparks SIP im Baselbiet entstehen. Das Dossier für diesen SIP NWCH mit Standort im Gebiet Bachgraben in Allschwil wurde zusammen mit Basel-Stadt und Jura eingereicht und wurde in der Vorauswahl sehr gut bewertet, zusammen mit einem Projekt aus dem Kanton Aargau. Die Plenarversammlung der Volkswirtschaftsdirektoren

wird heute über einen entsprechenden Antrag beschliessen. Es gibt also die berechtigte Zuversicht, dass in Allschwil dereinst ein Netzwerkstandort des Schweizerischen Innovationspark entstehen kann. Daher wird Regierungsrat Thomas Weber für heute gerne entschuldigt.

– Ersatzwahl Büro

Aufgrund der Abwesenheit von Marie-Theres Beeler muss für den heutigen Tag ein Ersatzmitglied für das Büro gewählt werden. Die grüne Fraktion schlägt Philipp Schoch vor. Es gibt keine Einwände.

://: Philipp Schoch ist für den heutigen Tag in stiller Wahl als Ersatzmitglied des Büros gewählt.

– Wahlbüro

://: Für die anstehenden Wahlen werden die folgenden Mitglieder ins Wahlbüro gewählt:

- Roman Klauser
- Hannes Schweizer
- Rolf Gerber, Landeskantlei

– Stimmzähler

Felix Keller (CVP) fragt, ob es Sinn mache, dass Franz Meyer als Stimmzähler vorgesehen sei, da er auch als Vizepräsident zur Wahl stehe.

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) antwortet, dass die Stimmzähler lediglich die Stimmzetteln ausgeben und einsammeln müssen. Das sei vertretbar.

://: Folgende Stimmzähler werden bestimmt:

- Seite SP: Franz Meyer
- Seite FDP: Mirjam Würth
- Mitte/Büro: Philipp Schoch

Für das Protokoll:

Thomas Löliger, Landeskantlei

*

Nr. 2053

Zur Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Für das Protokoll:

Thomas Löliger, Landeskantlei

*

Nr. 2054

1 Wahl der Landratspräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015

Dominik Straumann (SVP) ist es eine Ehre, Daniela Gaugler als Landratspräsidentin vorschlagen zu dürfen. Daniela Gaugler ist eine gestandene Frau, einfache

Grossmutter, dreifache Mutter und seit Jahren als erfolgreiche KMU-Frau bekannt. Sie politisiert seit 2005 im Landrat. Sie war 6 Jahre in der BPK, 2 Jahre in der GPK, 3 Jahre in der UEK und 2 Jahre in der JSK tätig. Damit bringt sie einen breiten Rucksack mit und kennt die Tätigkeit vieler Kommissionen und des Landrates. Als Mitglied des Büros kennt sie auch den Ratsbetrieb gut. Ihr Jahr als Vizepräsidentin hat sie souverän absolviert. Es wird um eine Unterstützung von Daniela Gaugler gebeten, auch als Zeichen für ein starkes Baselbiet.

Bis zur Bekanntgabe der Resultate werde an der Traktandenliste weiter gearbeitet, gibt Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) bekannt.

*Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei*

*

Nr. 2055

2 Wahl des Regierungspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015

Klaus Kirchmayr (Grüne) ist es eine Ehre und Freude, Regierungsrat Isaac Reber für das hohe Amt als Regierungspräsident für das nächste Jahr vorzuschlagen. Er hat eine für die Schweiz sehr typische Politkarriere absolviert: Er hat seine politischen Sporen zuerst als Gemeinderat, dann als Landrat und Mitglied der Finanz- sowie der Bau- und Planungskommission abverdient. Jetzt steht er vor dem vierten Jahr seiner ersten Legislatur als Regierungsrat. Gleich in den ersten Jahren hatte er einige happe Geschäfte zu bewältigen. Erwähnt sei das Polizeigesetz oder die Einführung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde. Regierungsrat Rebers Markenzeichen ist sein offener Dialog mit allen Betroffenen und seine kommunikativen Fähigkeiten. Damit erreicht er, dass seine Gesetzesvorhaben – entgegen vieler Erwartungen – grossmehrheitlich mehrheitsfähig sind. Der Votant freut sich, Regierungsrat Reber zur Wahl als Regierungspräsidenten vorschlagen zu dürfen.

Bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses wird, so Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP), an der Traktandenliste weitergearbeitet.

*Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei*

*

Nr. 2056

8 2014/184 Berichte des Regierungsrates vom 27. Mai 2014 und der Petitionskommission vom 17. Juni 2014: 9 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

Kommissionspräsident **Hans Furer** (glp) teilt mit, es gehe um die Einbürgerung von 9 ausländischen Staatsangehö-

rigen. Die Petitionskommission hat die Gesuche eingehend beraten und beantragt dem Landrat mit 5:2 Stimmen, den Einbürgerungen zuzustimmen. Man weiss nie, ob es nicht einen nächsten Shaqiri unter den Eingebürgerten hat.

://: Der Landrat beschliesst mit 57:14 Stimmen bei 8 Enthaltungen, den Gesuchstellern das Kantonsbürgerrecht zu erteilen und die kantonalen Gebühren entsprechend den Anträgen des Regierungsrats festzusetzen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 09.21]

*Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei*

*

Nr. 2057

9 2014/189 Berichte des Regierungsrates vom 3. Juni 2014 und der Petitionskommission vom 17. Juni 2014: 10 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

Kommissionspräsident **Hans Furer** (glp) teilt mit, es gehe um die Einbürgerung von 10 ausländischen Staatsangehörigen. Die Petitionskommission hat die Gesuche eingehend beraten und beantragt dem Landrat mit 5:2 Stimmen, den Einbürgerungen zuzustimmen.

://: Der Landrat beschliesst mit 58:12 Stimmen bei 11 Enthaltungen, den Gesuchstellern das Kantonsbürgerrecht zu erteilen und die kantonalen Gebühren entsprechend den Anträgen des Regierungsrats festzusetzen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 09.22]

*Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei*

*

Nr. 2058

10 2014/040 Berichte des Regierungsrates vom 18. März 2014, der Finanzkommission vom 12. Juni 2014 und der Geschäftsprüfungskommission vom 12. Juni 2014: Jahresbericht 2013

Marc Joset (SP), Präsident der Finanzkommission sagt, dass die Vorlage «Jahresbericht» aus dem Teil «Staatsrechnung» und dem «Amtsbericht» bestehe. Darum erstatten sowohl die Finanzkommission als auch die Geschäftsprüfungskommission dem Landrat Bericht.

Zur Staatsrechnung: Die Erfolgsrechnung 2013 des Kantons Basel-Landschaft schliesst mit einem Defizit von 4,2 Mio. Franken ab. Ausgegeben wurden 1% mehr als budgetiert, eingenommen wurden 2% mehr. Die Steuereinnahmen betragen 2,6 Mio. Franken mehr als budgetiert.

Die Nettoinvestitionen liegen mit 217 Mio. Franken um 83 Mio. Franken unter dem Budget. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt minus 8%. Die Rechnung 2013 erfüllt die Bestimmungen der Defizitbremse. Das Eigenkapital betrug per 31. Dezember 2013 331 Mio. Franken. Das Eigenkapital ausserhalb der Defizitbremse (zweckgebundenes Eigenkapital) beträgt 471.5 Mio. Franken. Das entspricht gegenüber dem Ende des Vorjahrs einer Zunahme um 210 Mio. Fr. oder 81 %. Die Zunahme ergibt sich hauptsächlich aus der Neubewertung der Immobilien im Finanzvermögen im Rahmen des Projekts «Restatement Etappe III» von HRM 2.

Eintreten auf die Rechnung 2013 war in der Finanzkommission unbestritten. Eine Zusammenfassung der Fraktionsvoten kann dem Bericht entnommen werden.

Die Finanzkontrolle empfiehlt in ihrem Prüfungsbericht die Genehmigung der Staatsrechnung 2013 – ohne Vorbehalt. Sie hält aber fest, dass die Rückstellungen für die Sanierung der BLPK durch die Entnahme aus der Konjunkturausgleichsreserve in der Höhe von 10.2 Mio. Fr. aufgestockt wurden und nun 459.40 Mio. Fr. betragen. Die Aufhebung der «Konjunkturausgleichsreserve» ist von mehreren Mitgliedern der Kommission als falsches Signal gewertet worden. Eigentlich wäre diese Reserve als anti-zyklisches Instrument gedacht gewesen. Das spiegelt sich im Stimmenverhältnis – 6:1 Stimmen bei 6 Enthaltungen – wider, mit dem die Finanzkommission dem Landrat beantragt, die Konjunkturausgleichsreserve aufzulösen (Ziffer 3 vom Landratsbeschluss). Die Finanzkommission hat von vierzehn weiteren detaillierten Prüfungsergebnissen der Finanzkontrolle Kenntnis genommen und die entsprechenden Feststellungen und Empfehlungen bekräftigt. Die Finanzkommission hat den Bericht der Finanzkontrolle zustimmend zur Kenntnis genommen und beantragt dem Landrat die Kenntnisnahme des Bestätigungsberichts gemäss Beilage A und Ziffer 2 des Landratsbeschlusses.

Zu den Prüfungsberichten der Subkommissionen: Die vier Subkommissionen der Finanzkommission haben bei den zuständigen Verwaltungseinheiten Zusatzauskünfte eingeholt. Die gestellten Fragen sind von der Verwaltung kompetent, umfassend und rasch beantwortet worden. Die Details können dem Bericht entnommen werden. Ein Punkt möchte der Votant aufgreifen, hier gibt es auch einen Antrag: Bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion sind die Budgetabweichungen von netto ca. 33 Mio. Franken bei den Abgeltungen an die Spitalbetriebe augenfällig und unerklärlich. Die Finanzkommission empfiehlt dem Landrat einstimmig, die Regierung mit der Durchführung einer externen Expertise zur Entwicklung der Spitalkosten zu beauftragen (Ziffer 4 des Landratsbeschlusses). In der Zwischenzeit konnte die Finanzkommission ihre Fragen bei der VGD deponieren. Allfällige Begründungen für diese Budgetüberschreitung – zum Teil sind diese schon voreilig in der Presse aufgetaucht – wurden in der Kommission nicht besprochen. Wenn die Antworten schon vorlägen, bräuchte es ja keine Expertise. Die Ursachen sind wohl komplizierter, wie dargestellt. Zum Teil liegen sie wohl auch ausserhalb des Handlungsspielraums der VGD. Daher braucht es eine unabhängige und unbefangene Stelle, welche die Situation analysiert.

Zu den Anträgen: Die Finanzkommission beantragt dem Landrat

- mit 9:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen den Jahresbericht 2013 zu genehmigen,
- den Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2013 zu Kenntnis zu nehmen,

- mit 6:1 Stimmen bei 6 Enthaltungen die Vorfinanzierung «Konjunkturausgleichsreserve» aufzuheben und
- mit 13:0 Stimmen – also einstimmig –, dass der Landrat den Regierungsrat beauftragt, eine externe Expertise zur Entwicklung der Spitalkosten erstellen zu lassen.

Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, **Hanspeter Weibel** (SVP), sagt, dass die Berichterstattung zum Teil Amtsbericht für die GPK einer jährlichen Pflichtübung gleichkomme. Der Amtsbericht wird jeweils eingehend studiert und die Subkommissionen stellen den Direktionen anschliessend Fragen und besuchen auch die Direktionen. Diese Besuche bilden dann die Grundlage für die Berichterstattung.

Die GPK hatte in ihrem Bericht zum Jahresbericht 2012 des Regierungsrates darauf hingewiesen, dass allenfalls die kurzen, schnell lesbaren Texte aus dem Geschäftsbericht in den Jahresbericht integriert werden könnten. Diese Anregung wurde vom Regierungsrat bis anhin nicht übernommen. Ebenfalls bereits in ihrem letztjährigen Bericht hatte die GPK verlangt, künftig einen Hinweis auf bestehende separate Jahresberichte von Dienststellen aufzunehmen. Auch dieses Anliegen wurde in der diesjährigen Berichterstattung nicht umgesetzt.

Zur FKD: Für die Subko I der GPK ist nicht zu übersehen, dass das bis 2016 verlängerte Entlastungspaket beträchtliche Ressourcen bindet und gleichzeitig das Programm zur «Stärkung der finanziellen Steuerung» zu zusätzlicher personeller Belastung führt, vor allem bei der Finanzverwaltung, aber auch bei Schlüsselpersonen aller beteiligten Direktionen. Die Finanzlage des Kantons erzwingt, dass beide Grossprojekte parallel vorangetrieben werden. Entscheidend für den Erfolg ist, dass Regierungsrat und Teamleitende/Führungskräfte voll hinter den Projekten stehen und diese aktiv fördern. Die Neuorganisation Tresorerie/Liquiditätsplanung erhält mit dem massiven Anstieg der Kantonsschulden eine neue Dimension, lassen sich doch mit einer optimalen Schuldenbewirtschaftung in den nächsten Jahren Zinskosten in Millionenhöhe sparen. Für die GPK ein Dauerthema sind Kreditüberschreitungen und Verpflichtungskredite, welche zu spät vorgelegt werden. Für die rechtzeitige Erarbeitung und Überweisung an den Landrat sind die federführenden Direktionen verantwortlich.

Zur VGD: Hier stehen die Strategieentwicklung und die Neuorganisation der VGD im Zentrum. Dies bindet viele Ressourcen und noch ist diesbezüglich nur wenig bekannt. Es wird aber intensiv daran gearbeitet. Dauerthemen sind die Wirtschaftsoffensive, die Rückerstattung der Pflegekosten sowie der Handlungsbedarf bei der neuen Pflegefinanzierung. Ausserdem ist die VGD in Zusammenarbeit mit der FKD daran, das Thema Corporate Governance im Rahmen der Beteiligungen des Kantons zu überprüfen und ein entsprechendes Indikatorensystem für zukünftige Eignergespräche zu erarbeiten.

Zur BUD gibt es nicht viel zu erwähnen. Nötig ist ein Nachtrag zur Aufhebung der Aussenstelle Laufen des Bauinspektors. Dies hat im letzten Jahr für viel Aufheben gesorgt. Es wurde damals gesagt, dass die Gemeinden im Laufental das sogenannte kleine Baubewilligungsverfahren übernehmen könnten. Entsprechende Gespräche haben stattgefunden. Die Gemeinden haben aber darauf verzichtet, das kleine Baubewilligungsverfahren im Verbund durchzuführen.

Zur SID: Ausnahmsweise darf er Regierungsrat Isaac Reber heute loben! Die GPK hatte ja im letzten Jahr ange-regt, dass die Direktionen ein Management Summary über die gesetzten Zielen und deren Erreichung verfassen. Die SID hat ein solches Summary verfasst. Dieses ist sehr gut und es darf gehofft werden, dass andere Direktionen sich ein Vorbild an der SID nehmen. Beim Projekt FOCUS war man wohl ein wenig zu überoptimistisch. Es können beim Betriebssamt Liestal wohl keine Stellen eingespart werden, es wird vorübergehend sogar mehr Personal brauchen um Pendenzen abzuarbeiten. Bei der Polizei gingen die Bussenerträge zurück, das ist erfreulich. Eine wirkliche Erklärung dafür gibt es nicht. Möglicherweise halten sich die Autofahrer einfach mehr an die Geschwin-digkeitslimiten. Weniger kontrolliert wurde auf jeden Fall nicht. Er geht nicht davon aus, dass es zu einem neuen Geschwindigkeitskontrollgesetz kommt um die Erträge zu steigern, sondern nur um die Kontrollen zu optimieren. Positiv ist zu vermerken, dass die Aufklärungsquote bei den Einbrüchen sich erhöht hat. Dies aber auch, weil sich die Zahl der Einbrüche erhöht hat. Als Folge davon gibt es einen akuten Mangel an Gefängnisplätzen. Offenbar hat man das Problem nun so gelöst, dass es variable Ein- und Austritte gibt. Wahrscheinlich war es aber eher ein Un-glücksfall, dass ein Insasse frühzeitig raus kam... Bei der Staatsanwaltschaft ist der Umzug aller Hauptabteilungen geplant und sollte bis im Sommer abgeschlossen sein.

Zur BKSD: Hier gibt es einen Hinweis auf ein speziel-les Problem. Es wurde festgestellt, dass es im Zusam-menhang mit dem CSEM eine Regelung gibt, welche die Patenterlöse betrifft. In der Leistungsvereinbarung des Kantons BL mit dem CSEM steht, «dass sämtliche Gewin-ne des CSEM – sei es aus Patentverkäufen oder aus Aufträgen von Industrie und KMUs – in das CSEM Mut-tenz reinvestiert werden.» Es gab aber keine schlüssigen Hinweise darauf, dass dieser Vereinbarung nachgelebt wird. Die GPK ersucht daher die BKSD, die Einhaltung der Vereinbarung genauer einzufordern.

Zum Schluss dankt der Votant allen MitarbeiterInnen des Kantons für ihre Arbeit. Die GPK schaut naturgemäss eher dorthin, wo etwas nicht funktioniert und daher wird nicht alles lobend erwähnt, was funktioniert. Er geht davon aus, dass über 90% funktioniert. Dann gibt es halt noch wenige Dinge, die korrigiert werden müssen.

Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Regierungsrat

1. in den Jahresbericht des Regierungsrates künftig die kurzen, schnell lesbaren Texte aus dem Geschäfts-bericht zu integrieren,
2. in den Jahresbericht des Regierungsrates künftig Hinweise auf separate Jahresberichte von Dienst-stellen aufzunehmen,
3. dass künftig alle Direktionen, im Sinne eines «Mana-gement Summary», festhalten, welche der Schwer-punktziele im vergangenen Jahr inwieweit erreicht wurden bzw. welches die Gründe für die Nichterrei-chung waren,
4. für das CSEM eine Unterstellung an die Wirtschaftsförderung zu prüfen sowie das CSEM aufzufordern, mit einem geeigneten Instrument der Berichterstat-tung jährlich über evtl. Erträge und Reinvestitionen von Erträgen aus Patenten zu informieren.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Land-rat,

1. den Teil Amtsbericht im Jahresbericht 2013 des Re-gierungsrates gemäss Landratsbeschluss Punkt 1 zu genehmigen und
2. die unter Kapitel IV. aufgeführten Empfehlungen gut-zuheissen.

Für das Protokoll:

Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 2059

1 Wahl der Landratspräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015

– Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Stimmen:	87
Zahl der leeren Wahlzettel:	13
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	74
Absolutes Mehr:	38

://: Gewählt ist mit 64 Stimmen Daniela Gaugler. 10 Stim-men entfielen auf andere Personen.

[Applaus]

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) übergibt das Wort an Peter Aerni, dem Gemeindepräsidenten von Lausen.

Peter Aerni ehrt es, in diesem Saal zu sein. 30 Jahre hat es gedauert, bis es wieder eine Landratspräsidentin aus Lausen in ihrem Amt als höchste Baselbieterin zu be-glückwünschen gibt. Die Lausener Behörde und die ge-samte Einwohnerschaft gratuliert zur Wahl und wünscht für das kommende Regierungsjahr alles Gute, viel Kraft und gutes Gelingen. [Der Gratulant übergibt einen Blu-menstrauß; Applaus]

Das Lausener Fest zu diesem Anlass steht unter dem Motto «Im Härze vom Baselbiet». Es sind alle herzlich dazu eingeladen. Der Start des Apéro mit den geladenen Gästen beginnt um 16.30 Uhr beim Schulhaus Mühlematt.

Es folgt nun eine weitere Daniela – Daniela Dill. Sie gehört zweifelsfrei zu den erfolgreichsten Slam-Poetinnen der Schweiz und hat im In- und Ausland bereits einige Poetry-Slams gewinnen können. Als Lausnerin ist sie für den heutigen Auftritt bestens geeignet. Der Gemeindeprä-sident wünscht gute Unterhaltung, einen schönen Tag im Landratssaal, anschliessend gute Fraktionssitzungen und dann freut er sich, die Landräte später in Lausen begrü-sen zu dürfen.

[Poetry-Slammerin **Daniela Dill** aus Lausen begeis-tert den Saal mit einer Performance dreier ihrer Texte. Sie beginnt mit der in Mundart vorgetragenen Ge-schichte «Vanille-Schoggi», einer Meditation über die Beziehung zum andern und die Freiheit des Selbst, gefolgt von einer Satire über überhebliche «Backpa-

cker – oder Nicht von dieser Welt». Zum Schluss: «D’Holzelefante», ein augenzwinkerndes kleines «Coming-of-Age»-Drama, erzählt als Familienferienabenteuer.]

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) bedankt sich bei Daniel Dill für ihren ausgezeichneten Vortrag. Das Wort hat nun Daniela Gaugler für ihre Wahltrittsrede.

Auch **Daniela Gaugler** (SVP) bedankt sich bei Daniela Dill für den wortgewandten Poetry Slam. Es freut sie, dass die ursprüngliche Lausnerin dem Landrat mit Witz und Ironie ihre Gedanken nahegebracht hat. Sie wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden:

«Liebe Landrätinnen und Landräte, liebe Regierungsrätin und Regierungsräte, liebe Familie, Freunde und Gäste auf der Tribüne, werte Medienschaffende. Vielen herzlichen Dank für die Wahl zur Landratspräsidentin und das Vertrauen, das ihr in mich setzt. Es ist nicht selbstverständlich, das ich das hohe Amt ausführen darf. Ich freue mich sehr auf die spannende Aufgabe, die mich als Präsidentin erwartet. Nicht nur das Leiten des Landratsgremiums wird eine Herausforderung sein, sondern auch die vielen Anlässe, an denen ich als höchste Baselbieterin unseren Kanton vertreten und repräsentieren darf. Ich hoffe, das ich eure Erwartungen, die ihr an mich stellt, erfüllen kann.

Lieber Gemeindepräsident Peter Aerni, dir danke ich für die herzlichen Worte, die Glückwünsche und die schönen Blumen. Es bleibt ja aber heute nicht nur bei der Grussbotschaft, sondern ich erhalte heute von euch auch noch ein tolles Fest geschenkt. Es ist eine grosse Ehre, dass sich die Lausnerinnen und Lausner dafür so ins Zeug legen. Herzlichen Dank.

Lieber Christoph, liebe Familie, ein herzliches Danke schicke ich auch zu euch auf die Tribüne. Ihr habt mir in den letzten Jahren immer wieder den Rücken frei gehalten und mich bei meiner politischen Arbeit unterstützt. Euer Verständnis und eure Geduld bestärken mich in meinem eingeschlagenen Weg. Inniger Dank.

Ein weiteres herzliches Dankeschön geht an meine Fraktionskolleginnen und Kollegen. Seit ihr mich 2009 ins Büro gewählt habt, war es für euch nie eine Frage, ob ich dereinst, wenn die SVP wieder an der Reihe ist, das ehrenvolle Amt als Landratspräsidentin ausüben darf. Als ich Ende 2012 einmal in die Runde gefragt habe, ob ihr mich als Vizepräsidentin nominieren würdet, habt ihr mich verständnislos angeschaut und gemeint, dass ihr darüber gar nicht zu diskutieren braucht – getreu dem Baselbieterlied: «Do säge alli jo». Danke vielmals.

Liebe Marianne, auch dir spreche ich von Herzen meinen Dank aus. Mein Lehrjahr an deiner Seite habe ich sehr genossen. Danke für die gute Zusammenarbeit und Einführung. Eigentlich ist es schade, dass das Jahr, dein Jahr, schon vorbei ist. In meiner Erinnerung gibt es keinen Tag, an dem wir uns nicht verstanden haben. Ich hoffe, dir geht es auch so und ich bin dir eine Stütze gewesen. In diesem Jahr ist eine Freundschaft entstanden, die mich im kommenden Jahr auch tragen wird. Herzlichen Dank.

Herzlich – dieses Wort habe ich nun schon einige Male gebraucht. Es ist nicht nur ein Lippenbekenntnis, mein Dank und mein Präsidialjahr sollen von Herzen kommen. Ich glaube, dass man alles, das man mit Herzlichkeit angeht, auch zu einem guten Ende bringt. Klar, es braucht

im politischen Alltag auch Verstand, Scharfsinnigkeit, Verhandlungsgeschick, Redegewandtheit, Kompromisse, Tatkraft, usw. Aber das alles – bitte – mit einem Schuss Herz, einem Herz fürs Baselbiet.

Liebe Anwesende, nach der Sommerpause treffen wir uns wieder, zum letzten Jahr in dieser Legislatur. Es werden wiederum viele anspruchsvolle Geschäfte auf uns zukommen. Für diese gilt es, immer mit einem Blick darauf, was für unseren Kanton das Beste ist, tragfähige Lösungen zu finden. Ich hoffe, ihr alle werdet euch an die Arbeit machen in gegenseitigem Respekt und mit wertschätzendem Umgang untereinander. Ich freue mich auf faire, zielgerichtete und spannende Diskussionen und eine gute Zusammenarbeit mit euch allen.

Heute Abend um halb fünf können wir miteinander anstossen. Es würde mich freuen, möglichst alle wieder zu sehen: z Lause – im Härz vom Baselbiet. Herzlichen Dank!»

Für das Protokoll:

Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 2060

2 Wahl des Regierungspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015

– *Bekanntgabe des Wahlergebnisses*

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Stimmen:	87
Zahl der leeren Wahlzettel:	5
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	5
Zahl der gültigen Stimmen:	82
Absolutes Mehr:	42

://: Gewählt ist mit 77 Stimmen Regierungsrat Isaac Reber.

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) gratuliert Isaac Reber zur Wahl und wünscht ihm alles Gute.

Für das Protokoll:

Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 2061

3 Wahl des Landrats-Vizepräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015

Felix Keller (CVP) übernimmt die Nominationsrede. Zuerst möchte er noch den beiden frisch Gewählten, Daniela Gaugler und Isaac Reber, im Namen seiner Fraktion herzlich gratulieren. Er wünscht viel Freude am Amt, viele schöne Begegnungen mit der Baselbieter und der nachbarschaftlichen Bevölkerung.

Ganz besonders freut es ihn, dass er Franz Meyer als Vizepräsidenten des Landrats vorschlagen darf. Er ist eigentlich erst seit 4 Jahren dabei, aber doch schon eine

festen Grösse im Saal. Seit 2011 ist er Präsident der Bau- und Planungskommission. Zuvor war er lange Jahre Gemeinderat in Grellingen und bis 2012 sogar Gemeindepräsident. Für das Amt bringt er daher einen schönen Rucksack mit. Der Votant bittet seine Kolleginnen und Kollegen, die Wahl zu unterstützen.

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Stimmen:	88
Zahl der leeren Wahlzettel:	10
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	78
Absolutes Mehr:	40

://: Gewählt ist mit 72 Stimmen Regierungsrat Franz Meyer. Andere haben 6 Stimmen erhalten.

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 2062

4 Wahl des Regierungs-Vizepräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015

Felix Keller (CVP) übernimmt auch für dieses Traktandum gerne die Aufgabe, die Nomination einzuleiten – gerade auch in seiner Funktion als Parteipräsident der CVP Allschwil. Es freut ihn, Regierungsrat Dr. Anton Lauber für das Amt des Vizepräsidenten des Regierungsrats beliebt zu machen. Erst vor einem Jahr wurde er hier angelobt. Nun steht bereits der nächste Schritt bevor. Dies ist, es sei gesagt, auch eine Frage des Alters. Wohl wurde Lauber wenige Wochen nach Thomas Weber gewählt; da er aber um ein paar Monate älter ist als sein Kollege, erhält er den Vortritt.

Die Übernahme der schwierigen Finanzdirektion hat Anton Lauber mit Engagement und Freude übernommen. Sein Vorhaben war und ist es, die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Der Votant empfiehlt, auch diese Wahl zu unterstützen.

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Stimmen:	88
Zahl der leeren Wahlzettel:	7
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	81
Absolutes Mehr:	41

://: Gewählt ist mit 77 Stimmen Regierungsrat Anton Lauber. Andere haben 4 Stimmen erhalten.

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 2063

5 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) gibt die fünf vorgeschlagenen Landratsmitglieder bekannt: Roman Klausner (SVP), Hannes Schweizer (SP), Mirjam Würth (SP), Siro Imber (FDP), Marie-Theres Beeler (Grüne).
Es gibt keine Einwände.

://: Damit sind die Büromitglieder in stiller Wahl gewählt.

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 2064

6 Wahl eines Mitgliedes der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission anstelle des aus der Kommission zurückgetretenen Michael Herrmann

Daniela Gaugler (SVP) sagt, dass für den aus der BKSK austretenden Michael Herrmann als Ersatz Marianne Hollinger (FDP) vorgeschlagen ist. Es gibt keine Einwände.

://: Damit ist Marianne Hollinger in stiller Wahl gewählt.

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 2065

7 Wahl eines Mitgliedes der Finanzkommission anstelle des aus der Kommission zurückgetretenen Hans-Jürgen Ringgenberg

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) gibt bekannt, dass als Ersatz Dominik Straumann (SVP) vorgeschlagen ist. Es gibt keine Einwände.

://: Damit ist Dominik Straumann in stiller Wahl gewählt.

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 2066

10 [2014/040](#)

Berichte des Regierungsrates vom 18. März 2014, der Finanzkommission vom 12. Juni 2014 und der Geschäftsprüfungskommission vom 12. Juni 2014: Jahresbericht 2013

(Fortsetzung)

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) findet es nicht ganz einfach, nach all dem Erheiternden und Herzlichen wieder auf die Staatsrechnung einzuschwenken. Er nimmt diese Aufgabe aber gern auf sich, gibt es dazu doch einiges zu sagen.

Die Baselbieter Staatsrechnung – besser als erwartet. So konnte man das in den Medien lesen. Realistischer hätte es aber heissen müssen: Die Lage ist schlimmer, als den meisten bewusst ist. Was nach einer Punktlandung aussieht, wurde durch die Auflösung des Konjunkturausgleichsfonds und eine Aufwertung beim Verwaltungsvermögen zurechtgestutzt. Das betriebliche Ergebnis liegt mit minus 128 Millionen Franken unter dem Budget. Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen stiegen zwar um 13 Mio. an, liegen jedoch 19 Mio. Franken unter dem Budget. Total legte der Fiskalertrag erfreulicherweise mit rund 50 Mio. zu. Dies wird aber aufgrund der Mehraufwendungen im Sozial- oder Spitalbereich beinahe weggefressen. Das ausgewiesene Gesamtergebnis von 4.2 Mio. ist zwar um 20.9 Mio. Franken besser als budgetiert, das Resultat ist jedoch mit Vorsicht zu geniessen.

Zum einen Investitionsrechnung und Selbstfinanzierungsgrad: Der Finanzierungssaldo liegt bei minus 235 Mio. Franken und der Selbstfinanzierungsgrad bei minus 8 Prozent. Obwohl man bei den Investitionsausgaben zurückhaltend war und man 76 Mio. Franken weniger investiert hatte, als budgetiert, muss der genannte Finanzierungssaldo vollumfänglich auf Pump (und damit zulasten der Schulden) finanziert werden. Man ist damit nicht in der Lage, die Investitionen selbst zu finanzieren. Dieser Zustand wird wahrscheinlich noch einige Jahre andauern. Die Schulden des Kantons werden damit stetig anwachsen. Aktuell betragen die langfristigen Verbindlichkeiten in der Staatsrechnung 1.2 Milliarden. Durch die Reform der Baselbieter Pensionskasse (BLPK) kommen hier noch 1.6 Milliarden hinzu. Dies führt zu einem neuen Schuldenstand von 2.8 Mia. Franken.

Damit ist klar: Es muss unbedingt etwas passieren. Umso mehr als auch in den kommenden Jahren aufgrund der steigenden Sozial- und Bildungskosten, Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen nicht mit Schwarzen Zahlen zu rechnen ist. Die Investitionsausgaben müssen weiterhin angeschrieben werden, so wie in einem «Lädeli». Denn der Minussaldo in der Investitionsrechnung wird die Verschuldung bis ins Jahr 2018 auf rund 4 Milliarden Franken anwachsen lassen.

Schulden sind zwar nicht a priori etwas Schlechtes. Vor allem wenn dadurch Mehrwert geschaffen wird. Bei den 1.6 Milliarden für die PK ist dies jedoch nicht der Fall. Einer ungebremsten Neuverschuldung darf man nicht tatenlos zusehen. Es gilt somit, bei den Investitionen Prioritäten zu setzen und eine Schuldenbremse einzuführen, damit die Nachkommen nicht auf einem Schuldenberg aufwachsen müssen.

Der Weg über eine Steuererhöhung wäre jedoch fatal. Es würde den Kanton im Steuerwettbewerb hart treffen und ihn für gute Steuerzahlende noch unattraktiver machen. Es hilft nichts: Die Suppe, die von vielen fröhlichen Geldausgebern über die Jahre eingebrockt wurde, muss ausgelöffelt werden. Kein erfreuliches Szenario! Und die Stunde der Wahrheit wird dem Kanton noch bevorstehen. Die SVP warnte seit Jahren vor dieser Situation. Erst gestern wurde der Votant mit seinen Äusserungen zur Jahresrechnung der vergangenen 10 Jahre konfrontiert. Die Voten von damals hätte er problemlos und fast unverändert auch heute halten können. Es deckt sich vieles. Und letzten Endes erhielt er durch die Entwicklung immer wieder Recht.

Und was drückt heute? Unter anderem der schlechte Uni-Vertrag, die Übernahme der Sekundarschulbauten, der Kostenanstieg in der Bildung, Harnos – besonders bei diesem Thema wurde man bezüglich Kosten getäuscht und angelogen. Last but not least: Das Entlastungspaket. Dies ist aus Sicht der SVP unbedingt vollumfänglich umzusetzen. Es ist nicht verstehbar, weshalb man sich mit dem Erreichten bereits zufrieden gibt und auf halbem Weg stehen bleibt. Obwohl es durchaus beachtlich ist, dass dadurch 100 Millionen Franken eingespart werden konnten.

Der neue Finanzdirektor Anton Lauber ist, was die Zukunft angeht, sehr optimistisch eingestellt. Er ist gewillt, so scheint es, den Kampf um gesunde Staatsfinanzen aufzunehmen und propagiert die Stärkung der finanziellen Steuerung, ein wirtschaftliches Handeln auf allen Ebenen des Kantons, Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes, die Verbesserung der Transparenz über Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Kostenrechnung. Ob er damit erfolgreich sein und er nicht von konjunkturellen Entwicklungen wie einem Zinsanstieg oder einem Rückgang der Steuereinnahmen negativ überrascht wird, ist schwierig vorherzusagen. Bei der Höhe der Neuverschuldung würde ein Zinsanstieg besonders ins Geld gehen.

Das Eis ist also dünn. Bei allem Optimismus ist auch eine grosse Portion Realismus mehr als angebracht. Es gibt nämlich immer wieder neue Wünsche und Begehrlichkeiten, die vom Volk oder auch vom Landrat, unbesehen der Finanzlage, bewilligt oder erfüllt werden sollen. Man neigt in der Politik viel eher dazu, Schulden zu machen, als die Wahrheit und damit «Nein» zu etwas zu sagen. Schon gar nicht vor den Wahlen.

Noch ein Satz zu Antrag 4 (externe Expertise aufgrund der Entwicklung der Spitalkosten): Die Kostenexplosion bei den Gesundheitskosten machen nach Ansicht der Finanzkommission eine solche Expertise notwendig. Dabei geht es nicht darum, den Gesundheitsdirektor, welcher einen guten Job macht, abzustrafen. Er hat das Erbe von seinen Vorgängern übernommen und verfügt seit der Vorseitbeständigung der Spitäler noch nicht über die notwendigen, gefestigten Erfahrungszahlen. Es geht nun darum, ihn in seiner schwierigen Arbeit zu unterstützen und die kostentreibenden Gründe zu eruieren. Das gleiche Vorgehen [hier appelliert der Votant an den Finanzdirektor] ist auch bei den Bildungskosten und den Ergänzungsleistungen vorgesehen. Die SVP fordert dies ganz explizit.

Im Namen seiner Fraktion dankt der Votant allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre gute Arbeit und ihren Einsatz. Auch der Finanzkontrolle gebührt Dank für ihre Testate im Zusammenhang mit der Staatsrechnung. Mit dem Jahresbericht wird auch den vier Anträgen zugestimmt. Die Sorge gilt der Zukunft. Damit hofft er (als

erneuter Appell an den Finanzdirektor), dass die Initiative zur Finanzierung der Staatsfinanzen bald zur Abstimmung kommt.

Mirjam Würth (SP) macht deutlich, dass die Rechnung immer auch eine Folge des Budgets ist, welches vom Landrat damals genehmigt wurde. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn die Rechnung entsprechend aussieht. Sie schliesst immerhin etwas besser ab als budgetiert. Das ist einerseits erfreulich, andererseits sollte man es auch nicht nur für bare Münze nehmen – sofern man weiss, was sich dahinter alles verbirgt. Nicht zuletzt wegen der Pensionskasse, die der Kanton (auch für die Gemeinden) nun ausfinanzieren muss, ist die Schiefelage relativ beträchtlich. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von minus 8 Prozent steht der Kanton nicht dort, wo er gerne wäre. Ein kleiner Hinweis: Ursprünglich ging man von einem Selbstfinanzierungsgrad von minus 80% aus. Was zeigt, dass sich der Wert relativ schnell ändern kann.

Jährlich wird der Kanton von der Ratingfirma Standard & Poor's beurteilt. Zuletzt wurde Baselland leicht runtergestuft. Die Beurteilung durch S&P ist aber, entgegen anders lautender Einschätzungen, durchaus wichtig, ist der Kanton doch am Geldmarkt tätig. Dadurch, dass er Geld aufnimmt, spart er dank einem guten Rating letztlich sehr viel Geld.

Zu den einzelnen Direktionen: Die VGD schliesst relativ unaufgeregt ab. Es gibt aber ein erhebliches Problem bei den Spitälern mit einem Abschluss von 30 Millionen über Budget. Dieser Betrag (der von der VGD nicht richtig erklärt werden kann) führte zum Experten-Antrag der Finanzkommission. Bei der BUD ist eine kreative Art der Aufwertung zu konstatieren. Von Seiten der Finanzkontrolle wurde angemahnt, dass dies mit einem verbesserten internen Kontrollsystem genauer anzuschauen sei. Die BKSD hat ihre Kosten im Griff bzw. sie kennt ihre Kostentreiber und weiss sie so zu steuern, dass es nicht zu einer weiteren Steigerung im Sonderschulbereich kommt (wie dies in anderen Kantonen noch immer der Fall ist). Bei der Finanzdirektion stellt die SP sehr erfreut fest, dass sich Anton Lauber für eine verstärkte Steuerung ins Zeug legt, um auch unterjährig besser Einfluss nehmen zu können. Somit braucht man sich nicht weiter von Rechnung zu Rechnung zu hangeln, sondern nimmt einen längeren Zeitraum in den Blick, um (hoffentlich) möglichst schnell aus der Schiefelage zu kommen.

Zur Personalsituation: leider führt die oftmals schlechte Presse dazu, dass der Kanton als Arbeitgeber nicht mehr sehr attraktiv erscheint. Dadurch ist zu erklären, dass ein grosser Bestand an Stellen, die bewilligt sind, leer bleiben. Dies hat nicht zuletzt zur Folge, dass die Angestellten mehr Arbeit übernehmen oder Externe beigezogen werden müssen, was nicht zuletzt zu Verlust an internem Knowhow führt.

Die Votantin dankt den Angestellten des Kantons für ihre gute Arbeit. Es ist nicht immer einfach, mit und unter einer Politik zu arbeiten, die immer wieder andere Forderungen stellt und nach deren Wünschen man sich richten muss. Der Dank gilt auch der Regierung, die einen schwierigen Job hat, alles unter einen Hut zu bringen. Froh ist die Votantin, dass sich die Gesamtregierung für eine verstärkte unterjährige Aufgaben- und Finanzsteuerung entschieden hat. Die SP befürwortet alle 4 von der Finanzkommission gestellten Anträge. Etwas Bedenken hat sie lediglich bezüglich des Antrags auf Auflösung der

PK-Konjunkturausgleichsreserve, wozu eigentlich erst eine Zweckbestimmung hätte erfolgen sollen. Ansonsten genehmigt die SP Rechnung und Jahresbericht.

Monica Gschwind (FDP) bescheinigt dem Gesamtergebnis von minus 4,2 Mio. Franken auf den ersten Blick ein eher gutes Aussehen, insbesondere vor dem Hintergrund des Budgets 2013 wie auch dem letztjährigen Ergebnis, das ein Minus von 32,3 Mio. Franken ergab. Man sollte aber nicht vergessen, dass diverse ausserordentliche Faktoren das Ergebnis verbessern. Diese sind vielleicht beschönigend, aber nicht unüblich – denn sie kommen in jedem Rechnungsjahr vor. Trotzdem gilt es sie gedanklich zu eliminieren. Die Schlussfolgerung ist, dass der Baseler Haushalt bei weitem noch nicht im Lot ist.

Die Analyse der Budgetabweichungen führen einem, wie schon in den letzten Jahresberichten, erneut die beiden grossen Kostentreiber Gesundheit und Bildung vor Augen. Ebenso steigen die Kosten, die aufgrund der doppeelten Demografie entstehen, stetig an. Dies hat auch der Regierungsrat erkannt und ist intensiv damit beschäftigt, die Ursachen zu eruieren. Die FDP erwartet, dass Erkenntnisse daraus so schnell wie möglich thematisiert und die nötigen Schritte zur Eindämmung der Ausgaben eingeleitet werden. Ebenso muss das Entlastungspaket von 180 Mio. Franken nun zügig umgesetzt werden. Alle Direktionen, vor allem BKSD und VGD, müssen ihre diesbezüglichen Zielwerte einhalten.

Marc Joset erwähnte bereits, dass die explodierenden Gesundheitskosten grosse Fragezeichen hinterlassen. Auch wenn die Budgetierung aufgrund der Einführung der neuen Spitalfinanzierung im Jahr 2012 sehr schwierig war, gilt es die Ursachen schnellstens herauszufinden, zumal sich bereits im 1. Quartal 2014 eine weitere grosse Kostensteigerung abzeichnet. Der Antrag der Finanzkommission, eine entsprechende Expertise in Auftrag zu geben, wird deshalb unterstützt.

Dass der Selbstfinanzierungsgrad immer noch im Minus liegt und die Schulden darum angewachsen sind, ist – kurz gesagt – schlecht, per Stichtag aber noch nicht sehr alarmierend. Wird aber die bevorstehende Ausfinanzierung der BLPK mit einbezogen, wird schnell klar, dass man sich das in Zukunft nicht mehr leisten darf. Eine klare Unterscheidung und Priorisierung bei den Investitionen in Notwendiges, Wünschbares und Luxusobjekte und die Einsicht in den Direktionen, dass man nicht mehr mit der «grossen Kelle» anrichten darf, ist darum unumgänglich. Auch den Wünschen von Dritten wie Uni, Fachhochschule etc. muss man in Zukunft sehr kritisch gegenüber stehen. Die Werterhaltung der eigenen Infrastruktur muss Vorrang haben – diese Aufgabe darf nicht auf künftige Generationen verschoben werden.

Damit diese Werterhaltung gewährleistet ist, sind ausgeglichene Jahresergebnisse in Zukunft ein Muss, denn mit der vollständigen Auflösung der Konjunkturausgleichsreserve ist jetzt auch dieses «Kässeli» leer. 2009 wurde die Vorfinanzierung für den Neubau Bruderholzspital aufgelöst, da überflüssig geworden. Daraus wurde die Reserve von 220 Mio. Franken gebildet. Die Konjunkturausgleichsreserve diente dem Ausgleich von Defiziten in wirtschaftlich schwierigen Jahren. 2010 waren daraus 48 Mio. und 2011 bereits 61 Mio. Franken zur Glättung der Defizite entnommen worden. Im letzten Jahr wurden 111 Mio. zur Äufnung der Rückstellung BLPK verwendet. Im Berichtsjahr wurden nun der letzte Rest aus dem Käs-

seli wie auch der Restbetrag des Neubaukontos Bruderholz aufgelöst, und damit die Rückstellung BLPK nochmals um 10 Mio. Franken erhöht. Die Ausfinanzierung der BLPK ist zwar ausserordentlich und hoffentlich einmalig – diese Schuld wird aber Ende Jahr eingebucht werden müssen, was zu einem rasanten Anwachsen des Schuldenbergs führt.

Trotzdem: Jammern ist nicht angesagt, denn Jammern ist fruchtlos. Und auch ein vermeintlich starker Partner Basel-Stadt braucht nicht angeschnallt zu werden. Vielmehr sind Aufbruchstimmung und Tatendrang gefragt. Besonders wichtig sind jetzt: Das Einhalten einer eisernen Haushaltsdisziplin, das Festhalten am Entlastungspaket und das Ziehen von Direktionen und Landrat am gleichen Strick. Die FDP-Fraktion fordert zudem, dass Aufgaben nicht nur auf andere Gemeinwesen verschoben, sondern effektiv eingespart werden; weiter möchte die FDP eine Flexibilisierung des Personalrechts und insbesondere das zügige Voranschreiten hängiger Vorstösse erreichen; mittelfristig wird auch eine Anpassung der Steuerkurve nötig sein. Rund 20% der Einwohnerschaft des Kantons bezahlen keine Steuern. Es gibt aber eine sehr steile Progression. Man stelle sich vor, dass ca. 0.5% der Steuerpflichtigen für 50% der Vermögenssteuern aufkommen, und dass 15 % der Steuerpflichtigen 50% der Einkommenssteuern bezahlen. Dieses Klumpenrisiko schwächt die Standortattraktivität empfindlich.

Die FDP spürt zwar den frischen Wind in der Finanzdirektion, besonders dank Finanzdirektor Toni Lauber. Aus diesem Wind muss nun aber ein Sturm entstehen, damit die teilweise noch alten Zöpfe in den Direktionen definitiv weggeblasen werden und die Aufbruchstimmung sich überall durchsetzen kann. Die FDP wird dies nach Kräften unterstützen – erwartet aber baldige Resultate.

Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat und allen Angestellten für ihren grossen Einsatz zu Gunsten des Kantons. Alle von der Finanzkommission gestellten Anträge werden unterstützt.

Zur Versinnbildlichung seines Gedankens erzählt **Alain Tüscher** (EVP) die Geschichte von zwei Fallschirmspringern. Einer mit, einer ohne Fallschirm. Der Fallschirmspringer, der als zweiter auf dem Boden landet, besieht sich die Karte und realisiert, dass er ohne Wasser mitten in der Wüste steht. Wer von den beiden hat gewonnen? Das sei der Imagination überlassen. Der Fokus liegt eigentlich nicht auf der Tragik der beiden Fallschirmspringer, sondern auf dem Piloten. Denn dieser hätte den einen auffordern können, den Fallschirm anzuziehen, und den anderen, mit dem Springen zu warten. Die Piloten sind diejenigen, die entscheiden.

Die Piloten, das sind der Landrat, die Regierung und das Stimmvolks. Es liegt nun mal in ihrer Kompetenz, darüber zu entscheiden, was im Kanton geschieht. Sie alle entscheiden über das Wohlergehen der «Fallschirmspringer».

Blickwechsel: Es ist nun so, dass das Budget konform und darin alles enthalten ist, was sein muss. Somit ist die Arbeit, die geleistet wurde, eine sehr gute – und alles in Ordnung. Man spürt auch den «Drive» in der Finanzdirektion. Dass aber ein solch riesiges Schiff wie der Kanton den Kurs nicht schlagartig ändern kann, ist sonnenklar. Wenn diese Erkenntnis von Regierung und Direktion nun noch auf den Landrat überschwappt würde (der über Dinge entscheidet, die Geld kosten), wäre man schon

einen Schritt weiter. Sicher, die Lage ist ernst, aber weit entfernt von dramatisch. Einiges hat man schon sehr gut im Griff: Die Pensionskasse wird saniert und ist in der Bilanz abgebildet; die Geschichte ist bekannt, die Regierung hat einen Plan, dem Folge geleistet wird. Wichtig ist nur, dass alle, die die Entscheidungskompetenz haben, am gleichen Strick ziehen. Dann ist es möglich, das Schiff auf Kurs zu bringen. Doch dazu braucht es Zeit und Unterstützung. Der Prozess wird in der Finanzkommission fortlaufend besprochen und analysiert.

Die CVP/EVP-Fraktion stimmt den Anträgen der Finanzkommission einstimmig zu.

Klaus Kirchmayr (Grüne) erinnert daran, dass die Rechnung ein Routinegeschäft sei, die in jeder öffentlichen Körperschaft und der Privatwirtschaft verpflichtend ist. Dies hat sowohl einen formalen als auch einen sachlich-politischen Aspekt. Heute möchte der Votant diese beiden trennen.

Formal hat der Landrat zu beurteilen, ob das in der Rechnung gezeichnete Bild richtig ist. Da fast alle im Rat Laien sind, kommen die Profis der Finanzkontrolle zum Einsatz, welche die Zahlen daraufhin überprüfen. Die Finanzkontrolle empfiehlt, die Rechnung gutzuheissen. Aus Sicht der Grünen sind deren Überlegungen, die in der Finanzkommission im Detail besprochen wurden, nachvollziehbar. Es gibt keinen Grund, die Rechnung in formaler Hinsicht nicht abzunehmen. Zwar war ein leichtes Grummeln bezüglich der Konjunkturausgleichsreserve vernehmbar. Am Ende sagen aber die im HRM 2 festgelegten Buchungsregeln, dass die Altlasten möglichst schnell zu bereinigen sind. Aus dieser Sicht scheint das Vorgehen also richtig.

Allerdings hat man zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Zahlensystem eine gewisse Problematik aufweist: z.B. wenn es bei einer Budgetposition eine Abweichung von 35 Millionen Franken gibt. Dies unterminiert das Vertrauen. Aus diesem Grund wurde auch die externe Expertise in die Wege geleitet. Die Grünen unterstützen den entsprechenden Antrag.

In der Finanzdirektion, die seit einem Jahr unter neuer Leitung steht, weht ein erfrischend neuer Wind. Es wurde vieles angepackt, einiges davon umgesetzt – insbesondere der Finanzdirektor zeigt dabei Mut. So ist es nichts Selbstverständliches, zwei Monate nach der Wahl schon in einen 2-Milliarden-Abstimmungskampf zu steigen, und wesentlich dazu beizutragen, eine Jahrzehnte alte Last vernünftig zu bereinigen. Es ist auch festzustellen, dass die strukturellen Probleme angegangen werden, wozu sich ein ganzer Strauss an Reformvorhaben in der Pipeline befindet. Die Grünen hoffen, dass der Mut und der «Drive», die bis anhin gezeigt wurden, auch weiterhin Bestand haben. Die Unterstützung der Fraktion ist gewiss.

Am Ende haben die «technischen» Aspekte (buchen, budgetieren, darstellen) vielleicht die Entscheidungsqualität verbessert. Gespart oder entlastet ist damit allerdings noch nichts. Dazu braucht es konkrete operative Entscheidungen, indem Dinge besser, schneller oder gar nicht mehr gemacht werden. Bei diesem Prozess ist die gesamte Regierung gefordert, obschon der Finanzdirektor hier eine moderierende Funktion hat. Der Votant stellt mit Freude fest, dass der Modus diesbezüglich geändert wurde und faktenbasierte Einzelgespräche zwischen Finanz- und den anderen Direktionen Einzug halten.

Auf der sachlichen Ebene ist das Bild weniger erfreu-

lich. Die Finanzsituation des Kantons ist sogar äusserst anspruchsvoll, was sich schon in der Art der Kommunikation zeigt. Für dieses Jahr wird ein Verlust von über 100 Millionen Franken erwartet. Kein Rappen der geplanten Investitionen kann aus eigener Tasche bezahlt werden und die Schuldenlast per Ende Jahr drückt mit einem Gewicht von 2.8 bis 3 Milliarden Franken. Demgegenüber Wünsche im Bereich von 2 bis 3 Milliarden Franken an, die noch gar nicht finanziert sind. Hinzu kommen die Risiken: 2% Zinsanstieg bedeutet 60 bis 80 Mio. Franken mehr Belastung; fallen die Nationalbankgewinne dauerhaft aus, bleiben weitere 25 Mio. Franken aus – somit müsste es auf der Steuerseite überdurchschnittlich gut laufen, damit nur schon eine dauerhafte Neuverschuldung vermieden werden kann. Der Votant ist deshalb der Ansicht, dass Neuanstrengungen unbedingt nötig sind. Die dazu angedachten Massnahmen reichen dazu wohl nicht aus. Für den Fall der Materialisierung der angesprochenen Risiken braucht es mindestens einen Plan B. Dieser sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Eine Ergänzung zum zuvor genannten «besser, schneller oder gar nicht mehr machen» und zur operativen Tätigkeit des Staats. Dieser Punkt scheint verbesserungswürdig, insbesondere wenn es um direktionsübergreifende Massnahmen geht. So wurden diverse Rationalisierungsprojekte aus dem Entlastungspaket gestartet, ohne dass die erhofften Einsparungspotentiale (vollumfänglich) zustande gekommen sind. Oft ist die Nachnutzung von Gebäuden ein Thema. Es ist nur schwer verständlich, dass trotz einem über Jahre hinaus bekannten Ende einer Nutzung nicht rechtzeitig eine Lösung bereitgestellt werden kann. Ebenso gibt es Rationalisierungspotential z.B. durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen SBB und Waldenburgerbahn. Ein entsprechender Auftrag liegt seit 2 Jahren vor; Entscheidungen sind bis jetzt nicht gefallen. Dabei müssen auch diverse Schwierigkeiten bedacht werden: bei den Spitalkosten z.B. existieren viele externe Stellschrauben, die den vorhandenen Gestaltungsspielraum beeinflussen.

Gesamthaft lässt sich die Finanzsituation des Kantons als äusserst herausfordernd beschreiben. Die Grünen glauben nicht, dass die heutigen Massnahmen ausreichend sind, um auf einen grünen Zweig zu kommen. Die Regierung ist dazu aufgerufen, die Sachen «besser, schneller oder nicht mehr zu machen». Die Grüne Fraktion unterstützt die Rechnung in diesem Sinne. Vereinzelt wird es Enthaltungen geben.

Es sitzen alle im selben Boot, stellt **Gerhard Schafroth** (glp) einleitend fest. Gehe es dem Kanton schlecht, kommt es zu Steuererhöhungen – was die rechte Seite nicht besonders witzig finden dürfte. Es drohe aber ebenso Sozial-, Bildungs- und Kulturabbau – was wiederum die linke Seite nicht besonders witzig finden dürfte. Der Finanzdirektor, der eben mit einem schönen Ergebnis gewählt wurde (Gratulation, Toni!), hat einen sehr schwierigen Job gefasst. Im letzten Jahr gab es immer wieder Abschlüsse, bei denen man sich permanent über den Tisch ziehen liess und ein gewisser Selbstbetrug gepflegt wurde. Frage: Ist es möglich, sich mit dem vorliegenden Ergebnis daraus zu befreien? Es gilt, zuerst einmal Tacheles zu reden und die Fakten auf den Tisch zu legen, um die Ausgangslage klar vor Augen zu haben. Beträgt man sich jedoch bereits bei der Sachverhaltsdarstellung der Ausgangslage, gibt es kaum eine Chance, um die

Probleme richtig anzupacken. In der Zusammenfassung der Staatsrechnung heisst es u.a.: «...schliesst fast ausgeglichen ab; klare Reduktion des Defizits; mit dem fast ausgeglichen Abschluss der Rechnung befindet sich der Kanton Basel-Landschaft weiterhin auf dem Weg zurück zu positiven Rechnungsabschlüssen». Dies ist eine beschönigende Darstellung, die nicht der Realität entspricht.

Es geht dem Votanten aber nicht ums Schwarzmalen. Kommt es aber in Zukunft zu einem Börsencrash und die Arbeitslosenzahlen steigen, muss dieser Worst Case bewältigt werden können – und zwar sowohl sozial als auch fiskalisch.

Der Kanton hat das [HRM 2](#) eingeführt, das nach dem Prinzip «true and fair» eine sachliche Rechnungslegung anpeilt. Damit sollen die Zahlen möglichst gut verstanden werden. Es gibt 4 Voraussetzungen für die Bildung einer Rückstellung: 1. Eine gegenseitige Verpflichtung, die den Ursprung in der Vergangenheit hat. 2. Ein Mittelabfluss von mehr als 50% Eintretenswahrscheinlichkeit. 3. Die Höhe der Verpflichtung muss grob geschätzt werden können (weiss man es genau, ist es eine Schuld). 4. Der Betrag muss wesentlich sein. Diese Voraussetzungen sind bei der BLPK erfüllt. Richtigerweise betrüge die Rückstellung heute 1.6 Milliarden Franken. Es ist nicht bestritten, dass es eine braucht – die Regierung weist dafür aber lediglich 459 Mio. aus. Dieser Betrag ist falsch.

Es lässt sich zwar darüber streiten, ob man eine hohe Rückstellung bilden muss, wenn es irgendwann eine Deckungslücke aufzulösen gilt. Aber nun existiert ein konkreter Sanierungsbeschluss mit klaren Beträgen. Die 1.6 Milliarden müssen bezahlt werden – und damit ist die Voraussetzung für eine Rückstellung gegeben. Es gibt keinen Grund, diese nicht zu bilden.

Ein Teil der Schuld (von 1.6 Mia.) ist zurückzuführen auf die Abstimmung über die Gemeindeausfinanzierung. Der Votant stellt klar, dass der Entscheid zur Vollkapitalisierung ein Problem schuf, indem sich die Gemeinden dagegen zur Wehr setzten. Es kam zur Abstimmung mit dem Kompromiss, dass 276 Millionen Franken nun dem Kanton angelastet werden. Dies ist glasklar Ergebnis des Entscheids zur Vollkapitalisierung, was der Kanton nun eben selbst ausbaden muss. Das Problem hätte massiv entschärft werden können, hätte man nur anders entschieden. Aber damit muss man nun leben.

Zum Konjunkturausgleich: Rund 370 Millionen hatte die Nationalbank damals als Einmalbetrag ausgeschüttet. Dieser Betrag wurde von Fonds zu Fonds hin und her geschoben. Heute wird der letzte Rest des Nationalbankgoldes aufgebraucht, ohne dass es gelang, damit etwas Schlaues anzustellen. Wenn nun noch der Konjunkturausgleich abgeschafft wird, ist das ein Entscheid gegen eine antizyklische Finanzpolitik. Kommt dieses oder nächstes Jahr ein Crash, ist kein Geld in der Staatskasse vorhanden, um darauf zu reagieren. Dies ist nach seinem Dafürhalten keine verantwortungsvolle Politik.

Die Stärkung der finanziellen Steuerung liegt als das grosse Schlagwort auf dem Tisch und wird als Lösung aller Probleme verkauft. Bei genauerer Betrachtung handelt sich bei diesem Bündel von Massnahmen lediglich um eine Weiterführung des Entlastungspakets: Man sitzt zusammen, hirnt darüber, wo es noch etwas zu sparen gibt – und ist aber eigentlich am Anschlag und relativ hilflos. Man könnte einen grossen Schritt machen: mit einem [Wechsel](#) von der Finanz- in die Betriebsbuchhaltung (wie das jede Organisation mit knappen Finanzen macht). Aber im Kanton Baselland will das nicht in die Köpfe. Ein Bei-

spiel: Es gibt eine Vorlage zum Ausgleich der Primarschulkosten, aufgrund der Belastung der Gemeinden durch die Übernahme des 6. Primarschuljahres. In diesem Zusammenhang wurden die Kosten eines Schülers genau analysiert. Ein Primarschüler kostet in Augst durchschnittlich 34'000 Franken, in Sissach 12'000 Franken – bei gleichem Ausbildungsniveau. Für diese Diskrepanz gibt es keinen Grund, und somit werden 22'000 Franken grundlos zum Fenster hinaus geworfen. Den Augstern ist dabei kein Vorwurf zu machen, befinden sie sich doch – wie auch der Landrat – ohne Kostenrechnung im Blindflug. Das Problem ist, dass kein Zusammenhang geschaffen wird zwischen den Leistungen und den Kosten.

Eine Preisetikette ist nicht nur bei den Vorstössen gefragt, sondern (zur Überprüfung hinterher) auch bei den Leistungen, wenn sie einmal erbracht worden sind. Doch bis jetzt weigern sich alle, inklusive bis jetzt der Finanzdirektor, eine transparente Kostenrechnung zur Vermeidung eines Blindflugs einzuführen.

2018 werden die Schulden auf 4 Milliarden Franken steigen. Dies ist übrigens die Schönwettervariante. Kommt es zur Wüstwettervariante, und steigen darüber hinaus die Zinsen noch auf 2 Prozent (was nicht sehr hoch ist), müssten 80 Mio. Franken nur an Schuldzinsen berappt werden – und da ist kein Franken Rückzahlung und kein Investitionsrappen dabei.

Baselland ist vergleichbar mit dem Kanton Zug. Es gibt keine Zentrumslasten, dafür eine wunderschöne Gegend – wenn auch ohne See. In diesem Vergleich sieht man, was im Baselland über die Jahre bei den Finanzen gebastelt wurde: BL ist eines der Schlusslichter der Schweiz, Zug einer der Spitzenreiter.

Die glp/BDP-Fraktion wird die Rechnung mehrheitlich zurückweisen. Die Überlegung dabei: Das Vorliegende ist die Weiterführung der Ära Ballmer; es wurde nichts geändert. Will man den Kanton aber finanziell in den Griff bekommen, braucht es eine Zäsur mit grundsätzlichen Entscheidungen. Die vergangenen Rezepte haben offensichtlich nicht gewirkt. Der Kanton ist vergleichbar mit einem Patienten mit Kopfweh, dem Aspirin verschrieben wird. Nützt es nichts, gibt man ihm zwei – und so weiter. Irgendwann wird klar, dass man auf dem falschen Weg ist und es Zeit wäre, die Ursache zu finden und zu behandeln.

Den Antrag auf Beiziehen eines externen Experten wird die Fraktion unterstützen. Allerdings ist es schon etwas peinlich, dass der Finanzchef in der VGD keinen Schimmer hat, wohin die 30 Millionen verschwunden sind. Heiliger Bimbam, wozu auch werden beim Kanton tolle Löhne bezahlt und anschliessend für die gute Leistung gedankt, wenn diese Leute nicht einmal wissen, wie und wohin das Geld verschwindet? Was man hier antrifft, ist wirklich sehr «[schitter](#)».

Mit buchhalterischen Tricks, so **Urs Hess** (SVP), habe man eine geschönte Rechnung bekommen. In der Hauptsache dank der Aufwertung von Liegenschaften. Wer aber ein Einfamilienhaus hat, das er nicht zu verkaufen gedenkt, dem kann auch der Wert des Hauses egal sein. Deshalb ist für Hess die Schönung ein schwieriger Fall. Transparenz ist jedoch etwas vom Wichtigsten. Sein Vordner hat es erwähnt: Es braucht eine Kostenrechnung, von der man weiss, um was es geht, und in der Personalkosten, Infrastruktur, Inventar jeder Dienststelle enthalten sind. Die Aufzählung liesse sich noch weiterführen, z.B. indem man die Kosten für die Beantwortung von Vorstös-

sen einzelner Parlamentsmitglieder aufnähme. Somit würde auch ersichtlich, dass einige wenige Landräte mit ihren Vorstössen pro Jahr mehrere hunderttausend Franken verursachen.

Es konnte aber auch festgestellt werden, dass der neue Vorsteher der VGD, Thomas Weber, ein grosses Chaos angetroffen hat. Die Gründe liegen nicht nur bei der Auslagerung der Spitäler und der gleichzeitigen Einführung der Fallkostenpauschale. Es ist aber auch erfreulich, dass zielstrebig und strukturiert nach Lösungen gesucht wird, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Auch ist eine neue Handschrift erkennbar, welche die Zusammenarbeit unter den Mitarbeitenden dank dem Projekt «Avenir VGD» fördert und sie sichtbar und leistungssteigernd motiviert. Endlich wird in der VGD team- und lösungsorientiert gearbeitet. Aber auch die Wirtschaftsoffensive nimmt langsam Fahrt auf. Auf der anderen Seite muss für die BKSD konstatiert werden, dass dort weder Sparwille gezeigt wird noch wirkliche Anstrengungen dazu unternommen werden.

Zu den Vorgaben der GPK: Die Lesbarkeit des Jahresberichts ist, wie schon von Hanspeter Weibel moniert, verbesserungsbedürftig. Mit der Rechnung wird immerhin Geschichtsschreibung betrieben. Dennoch sind klare Tendenzen sichtbar. Die Sparanstrengungen sind massiv zu erhöhen; eine Effizienzsteigerung ist in allen Direktionen absolut notwendig. Der Votant bittet den Rat, den Anträgen beider Kommissionen zu folgen und den Rückweisantrag abzulehnen.

Jürg Degen (SP) spricht als Fraktionssprecher der SP Fraktion zum Bericht der GPK. Diese hat sich eingehend mit dem Berichtsteil des Jahresberichts, dem Amtsbericht, auseinander gesetzt. Die einzelnen Subkommissionen führten ausführliche Gespräche mit den Spitzen der Direktionen. Die jährlichen Gespräche haben sich bewährt und werden auch in der neuen Form der Jahresberichterstattung, wie sie jetzt zum zweiten Mal vorliegt, beibehalten. Selbstverständlich können nicht alle im Jahresbericht erwähnten Themen eingehend besprochen werden. Was die einzelnen Subkommissionen anzumerken haben, steht im Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Besonders sorgt sich die SP-Fraktion um die Personalentwicklung, worauf schon Mirjam Würth hingewiesen hat. Für die SP ist es wichtig, dass der Kanton trotz der angespannten Finanzlage ein attraktiver Arbeiter ist und bleibt. Das Personal wurde in den letzten Jahren wie überall in der Wirtschaft mit anspruchsvollen Reorganisationen konfrontiert. Eine grosse Unsicherheit war im vergangenen Jahr die Zukunft der Pensionskasse. Im Namen der SP-Fraktion dankt der Votant allen Angestellten des Kantons für ihre Arbeit.

Zu den Anträgen der GPK: Mit den Empfehlungen 1 bis 3 ist die SP einverstanden. Empfehlung 4, welche das Unterstellen des CSEM unter die Wirtschaftsförderung prüfen will, wird abgelehnt. Die SP stellt den Antrag auf Streichung dieser Empfehlung und das aus vier Gründen:

1. Im Abschnitt CSEM auf Seite 16 des GPK-Berichts geht keine logische Begründung für diese Empfehlung hervor. Im Gegenteil, es heisst: «...es bestehen gute Kontakte zwischen dem Projektleiter Wirtschaftsoffensive und dem Leiter des CSEM Muttenez. Damit ist die Vernetzung zur Wirtschaftsförderung sichergestellt».
2. Das Konzept der Wirtschaftsförderung ist ganz

anders ausgelegt und eine Unterstellung des CSEM nicht mit deren Zielen nicht vereinbar.

3. Das CSEM hat im Moment viele andere Herausforderungen, als sich innerhalb der Verwaltung neu zu positionieren.
4. Die Empfehlung hat die falsche Flughöhe. Es geht nicht an, dass in einen Amtsbericht, der die Verwaltungstätigkeit in der Vergangenheit beleuchtet, politische Forderungen für die Zukunft geschmuggelt werden.

Der Votant bittet, den SP-Antrag auf Streichung von Empfehlung 4 zu unterstützen. Mit den anderen Anträgen der GPK geht die SP einig.

Agathe Schuler (CVP) ist heute, nachdem sie die Debatte verfolgt hat, nicht mehr so sicher, ob es eine gute Idee war, die Jahresberichte der Regierung als Zusammenfassung von Amtsbericht und Staatsrechnung zu konzipieren. Man stürzt sich nämlich in erster Linie auf die Zahlen. Die grosse Arbeit für das Erstellen des Amtsberichts aber wird dabei nicht wirklich abgebildet. Eigentlich müssten viele der Betrachtungen, wenn es um die Zahlen geht, bereits beim Budget erfolgen.

Vorweg: die CVP/EVP-Fraktion stimmt den 2 Anträgen der GPK zum Jahresbericht der Regierung zu: Sie genehmigt den Jahresbericht 2013 und heisst die Empfehlungen 1 bis 4 der GPK an den Regierungsrat gut. Zu den 4 Empfehlungen bleibt zu bemerken, dass diese die GPK teilweise bereits im letztjährigen Bericht gemacht hat: Vom Regierungsrat wird erwartet, dass der Regierungsrat diese, wo Bedarf, umsetzt.

Weiter zum Amtsbericht der Direktionen: Im Bericht auf Seite 2 hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Regierungsrat Anton Lauber trat sein Amt nicht 2012, sondern im Jahr 2013 an. Offenbar hat er in dieser kurzen Zeit schon so viel bewegt, dass dieser Fehler gar nicht aufgefallen ist. Alle wissen, dass der Vorsteher der FKD in seinen ersten Amtsmonaten mit grossem Engagement die schwierige Vorlage «Revision des Pensionskassengesetzes» zum positiven Volksentscheid gebracht und anschliessend die Umsetzung der Revision tatkräftig angepackt hat. Ein weiteres Schwerpunktthema war der Start des Programms zur «Stärkung der finanziellen Steuerung» im Jahr 2013. Gleichzeitig muss von der Finanzdirektion das verlängerte Entlastungspaket weiter vorangetrieben werden, was, wie die Landräte aus ihren Verhandlungen «über Sparmassnahmen» wissen, ein schwieriges Unterfangen ist.

Auch die VGK hat seit Mitte 2013 einen neuen Direktionsvorsteher. Positiv ist zu werten, dass der Strategieentwicklungsprozess «Avenir VGD» nun in Angriff genommen wird. Dem Amtsbericht der GPK kann entnommen werden, dass es in der VGD einige Baustellen gibt. Für die Zukunft wird erwartet, dass die Wirtschaftsoffensive aus der Anfangsphase, in der sie sich 2013 noch befand, heraus bewegt und sich die erwartete Wirkung bald zu entfalten beginnt. Handlungsbedarf zeigt der Amtsbericht auch bei der Pflegekosten-Rückerstattung an Bewohner/innen von Pflegeheimen sowie bei der Pflegefinanzierung. Dass die Explosion bei den Gesundheitskosten generell ein riesiges Problem ist, wurde bereits gesagt.

Bei der BUD wird im Bericht der Eindruck erweckt, dass der Bahnanschluss Euroairport (EAP) als wichtigstes Projekt fungiert. Die CVP-Fraktion ist aber der Meinung,

dass auch inländische ÖV-Vorhaben vorangetrieben werden müssen. Zu nennen ist der Vollausbau der Linie 10 (Spiesshöfli), der Margarethenstich oder als neue Vorlage das «Herzstück». Ein wichtiges Etappenziel, das im Geschäfts- und im Rückständebericht mehrfach erwähnt wird, wurde gestern mit dem Start zur externen Vernehmlassung für die Totalrevision des Energiegesetzes erreicht. Zum Schluss: Bei der Investitionsrechnung gäbe es Verbesserungspotential.

Zur SID: Hier ist festzustellen, dass sich die Direktion, nebst dem Aufgabengebiet Sicherheit, auch mit Themen wie Freiwilligenarbeit, mit Integrationsprogrammen (z.B. Integration im Frühbereich und im urbanen Raum), mit der Umsetzung des Familienberichtes sowie der familienergänzenden Kinderbetreuung beschäftigt. Auch dazu gibt es im Jahresbericht interessante Ausführungen.

Für die BKSD muss festgestellt werden, dass bei einigen Themen trotz Erläuterung und Nachfragen Erklärungsbedarf besteht. Es ist auch bekannt, dass im Bereich der Bildung noch an einigen Baustellen gearbeitet wird, die der Fertigstellung harren.

Abschliessend geht von Seiten der CVP/EVP-Fraktion der Dank an alle Mitarbeitenden des Kantons Basel-Landschaft für ihre 2013 geleistete Arbeit. Ohne deren Einsatz würde man heute nicht da stehen, wo man ist. Die Fraktion stimmt den Anträgen der GPK zu.

Marc Joset (SP) reagiert auf das Statement von Gerhard Schafroth und das, was dieser in der Rechnung als «falsch» bezeichnet hat. Tauchte in der Rechnung wirklich etwas Falsches auf, hätte die Finanzkontrolle mit Bestimmtheit das Testat verweigert. Bei buchungstechnischen Fragen ist der Landrat auf die Einschätzung der Finanzkontrolle angewiesen. Diese ist zwar der Meinung, dass es verschiedene Möglichkeiten betreffend dem Umgang mit der Pensionskasse gäbe; es wurde aber mit der Rückstellung die Möglichkeit gewählt, die schon im Budget 2014 eingestellt ist. Für die Finanzkontrolle ist das wichtigste Kriterium, dass es transparent ist – was mit dem Budgetbeschluss der Fall ist.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) bedankt sich eingangs herzlich für die Wahl zum Vizepräsidenten. Es ist nicht ganz selbstverständlich, dass einem nach knapp einem Jahr ein solches Amt angetragen wird. Dies gibt dem frisch Gewählten den Mut, die bevorstehenden Aufgaben anzupacken – sowohl in der Gesamtregierung als auch in der Finanz- und Kirchendirektion. Es hat sich offenbar schon herumgesprochen, dass Lauber ein optimistischer Mensch ist. Allerdings ist er nicht nur Optimist, sondern auch Realist. Denn es lassen sich aus einem Jahresbericht auch nur jene Zahlen herausfischen, die einem gerade ins Argumentarium passen.

Es ist klar und offensichtlich: Das Ergebnis schlägt mit minus 121 Millionen Franken zu Buche. Diese Zahl verdeutlicht, dass sich der Kanton tatsächlich in einer schwierigen Lage befindet. Laubers Neigung zum Realismus lässt sich auch aus der Medienmitteilung vom 16. April 2014 ersehen. Dort steht, dass «der Abschluss der Rechnung 2013 damit insgesamt unbefriedigend» ausfällt. An dieser grundsätzlichen Einschätzung hat sich auch heute nichts geändert. Wichtig ist, nicht zu jammern. Diese Devise von Monica Gschwind entspricht auch seiner Haltung.

Die Frage wurde gestellt, ob nun gestützt auf HRM 2

die Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse in die Rechnung 2013 eingestellt werden müsste. Dies verwundert den Votanten etwas, datiert die Einführung von HRM 2 doch auf 2010. Aus formalen Gründen hätte man schon längst Zeit gehabt, den Betrag einzustellen. Die Deckungslücke ist sogar noch länger bekannt. Dennoch, Kommissionspräsident Marc Joset hat darauf hingewiesen: Das Testat der Finanzkontrolle wurde erteilt. Buchhalterisch ist der Vorgang absolut korrekt. Damit gibt es auch keinen Grund, auf die Rechnung nicht einzutreten.

Dass die Rechnung von ausserordentlichen Erträgen und Abschreibungen sowie dem [Restatement Etappe III](#) profitiert, ist klar und entsprechend ausgewiesen. Es ist verwunderlich, dass aufgrund der Umstellung auf HRM 2 plötzlich Liegenschaften einen Mehrwert haben und dann entsprechend in die Bücher aufgenommen werden mussten. Man ist aber ebenso darauf verpflichtet worden, gerade die Neueinschätzungen der Liegenschaften entsprechend einzubuchen. Es kam sogar zu Rügen, wenn dies unterhalb des Preises des Gutachters geschah. Aber auch hier wird klar, dass der Vorgang buchhalterisch absolut korrekt erfolgt ist.

Wichtig ist, dass die Deckungslücke der Pensionskasse (Ausfinanzierung) im Budget 2014 eingestellt ist. Spätestens mit der Rechnung 2014 wird also die gut eine Milliarden Franken teure Neuverschuldung ausgewiesen. Damit ist die Transparenz hergestellt.

Was ist die Strategie der Regierung oder der Finanzdirektion? Die aktuelle Situation ist klar erkannt, was sich im täglichen Wirken zeigt. Speziell im Budgetprozess, wo restriktive Richtlinien verabschiedet wurden und an alle Direktionen hohe Anforderungen gestellt werden, um das (politisch gewollte) Kostenwachstum zu bremsen.

Zur verstärkten finanziellen Steuerung ist zu sagen, dass die Aufgaben regelmässig überprüft werden sollen. Die FKD steht in sehr intensiven direktem und auch persönlichem Austausch mit anderen Direktionen. Es wurden verschiedene Gespräche geführt, um die Qualität des Budgets zu erhöhen – auf Controller-Ebene als auch auf Regierungsebene. Für diesen speziellen Effort, der geleistet wurde, herzlichen Dank.

Ein weiteres Thema, nebst dem Bremsen des Kostenwachstums, ist das Stoppen der Neuverschuldung. Ein Selbstfinanzierungsgrad von minus 8 Prozent ist absolut unbefriedigend. Es ist bekannt, dass die Verschuldung zunimmt, wenn der Selbstfinanzierungsgrad nicht mindestens 100% beträgt. Aber auch hier gilt es, nicht allzu stark zu dramatisieren. 2012 betrug die Verschuldung 1.2 Milliarden Franken. Mit dem Einstellen der Pensionskasse kommen 1.6 Mia. Franken hinzu. Alleine deswegen kommt die Verschuldung auf 2.8 Mia. Franken zu stehen. Wird der Benchmark von HRM 2 berücksichtigt, befand man sich mit den 1.2 Milliarden noch auf gutem Weg. Schlecht wurde es erst mit dem Einstellen der Pensionskasse. Das soll keine Entschuldigung, aber dennoch als Feststellung erlaubt sein.

Klar ist: Der Selbstfinanzierungsgrad muss gestärkt werden. Dazu muss bei den Investitionen genau hingesehen, priorisiert und der Massstab eingehalten werden. Das Ziel ist, dass in einem laufenden Jahr nicht mehr als 200 Mio. Franken investiert werden; und auf 10 Jahre hinaus nicht mehr als 2 Milliarden. Damit liesse sich bis 2018 ein Selbstfinanzierungsgrad von 80 bis 100% erreichen. Dieses Ziel ist anspruchsvoll, insbesondere bei den vielen Infrastrukturanträgen, die gestellt werden. Soll

die Verschuldung gebremst werden, ist dies aber eines der Hauptthemen.

Am Entlastungspaket wird selbstverständlich weiter gearbeitet. Allerdings geht es nicht so schnell vorwärts wie damals erhofft. Immerhin wurden damit bis jetzt 126 Millionen Franken gespart – was dem Baselbiet erst mal jemand nachmachen muss. Alle anderen Kantone fangen erst jetzt mit den Sparpaketen an. Im Baselland wurden die Hausaufgaben gemacht, wenn sie auch noch nicht abgeschlossen sind.

Das Entlastungspaket verliert sich natürlich in enorm vielen Details und wird mit der Zeit immer komplizierter nachzuverfolgen. Als Basis gilt das Jahr 2012. Die folgenden Jahre mit dieser Basis zu vergleichen wird mit fortschreitender Dauer immer schwieriger und komplexer. Man wird deshalb irgendwann einen «Nachfolger» für das Entlastungspaket finden müssen. Dieser ist noch nicht gefunden. Es wurden aber schon mal drei Kostentreiber definiert, die bereits mehrfach genannt wurden: Gesundheitskosten, Bildungskosten und Ergänzungsleistungen. Lauber ist froh, dass man die Gesundheitskosten von einer externen Stelle begutachten lässt. Es gilt aber auch zu beachten, dass nach Einführung von DRG (Diagnosebezogene Fallgruppen) die Gesundheitskosten in den ersten Jahren stets angestiegen sind. Auch dies keine Entschuldigung, nur eine Feststellung. So wurde schon mit dem Budget 2014 darauf hingewiesen, welcher enormer Kostentreiber der Gesundheitsbereich ist.

Eine Steuererhöhung kann aktuell keine Option sein. Für die natürlichen Personen ist man bei Vermögens- und Einkommenssteuer regional nur noch ganz knapp konkurrenzfähig.

Die «verstärkte finanzielle Steuerung» ist in vollem Gang. Lauber verspricht sich viel davon. Es handelt sich dabei aber nicht *[an Gerhard Schafroth gewandt]* um ein neues Entlastungspaket. Es geht darum, die unterjährige finanzielle Steuerung des Kantons auf ganze neue Beine zu stellen. Drei Pfeiler sind dafür wichtig: Totalrevision des Finanzhaltgesetzes, neue Aufgaben in der Finanzplanung (wobei Aufgaben und Finanzen zur Kostenrechnung zusammengeführt werden), Transparenz zwischen Leistung und Kosten. Eine Kosten-Leistungsrechnung, die deutlich komplexer wäre, ist aber aktuell kein Thema. Der Votant ist auch überzeugt, dass die Thematik der verstärkten finanziellen Steuerung zu bedeutend mehr Transparenz führen wird und damit die unterjährige Steuerung für die Regierung, aber auch für das Parlament, deutlich verbessert werden kann.

Schliessen möchte Lauber mit dem Thema Fonds: Den Gemeinden hatte der Kanton die Führung von Fonds stets «verboten». Für einen Fonds brauchte es ein Fondsreglement, an das es sich strikt zu halten galt. Es ist aber nicht verboten, sich zu verbessern. Im Jahresbericht sind ab Seite 320 die vielen Fonds, Rückstellungen und Vorfinanzierungen aufgelistet. Lauber ist entschlossen, hier Abhilfe zu schaffen. Dies ist auch ein Ziel der verstärkten finanziellen Steuerung sowie von HRM 2 und führt zu der von Gerhard Schafroth zu Recht geforderten Transparenz. Somit wird es auch mit der neuen Rechnungslegung deutlich transparenter und übersichtlicher – für die Regierung wie auch für den Landrat.

Ein herzlicher Dank geht an die Regierungskollegin, seine Regierungskollegen, den Landrat und speziell der Finanzkommission für die tolle Zusammenarbeit in seinem ersten Amtsjahr.

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Regierungspräsident **Urs Wüthrich** (SP) beschränkt sich auf zwei Feststellungen:

1. Generell ist es zu begrüssen, dass nun die Chance besteht, auf der Grundlage des Berichts zur finanziellen Steuerung der Bildung(-skosten) die Diskussion anhand einer sorgfältigen Auslegeordnung zu führen. So kann man wegkommen von pauschalen, nicht hinterlegten Feststellungen. An der letzten Landratssitzung war ein wirksames Instrument zur Kostensteuerung ja nicht mehrheitsfähig.

2. Zum Antrag der GPK bezüglich CSEM: Aus dem Kommissionsbericht selbst lässt sich dieser Antrag nicht herleiten. Er ist absolut nicht zweckmässig. Von verschiedener Seite wurde heute zur Effizienz-Optimierung aufgerufen; deshalb sei der Landrat daran erinnert, dass er seinerzeit im Zusammenhang der CSEM-Vorlage beschlossen hat, dass bis Ende 2015 ein Bericht zu alternativen Trägerschafts- und Geschäftsmodellen vorgelegt werden müsse. Es ist also kein Beitrag zur Effizienzsteigerung, nun noch einen – von der GPK eingespeisten – Parallelauftrag zu erteilen, sondern damit würden, ohne Mehrwert, nur zusätzliche Ressourcen gebunden. Deshalb ist der Antrag abzulehnen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress *keine Wortbegehren*

Ziffern 1 - 4 *keine Wortbegehren*

Ziffer 5

://: Der Antrag der SP-Fraktion, Ziffer 4 der Empfehlungen (Kapitel IV. des Berichts der GPK) zu streichen, wird mit 50:25 bei 9 Enthaltungen abgelehnt.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.42.03]

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Beschlussfassung*

://: Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss betreffend Jahresbericht 2013 mit 77:4 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.42.48]

Landratsbeschluss betreffend Jahresbericht 2013

vom 26. Juni 2014

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Jahresbericht 2013, bestehend aus der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung, dem Amtsbericht sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen,

wird genehmigt.

2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2013 wird Kenntnis genommen.
3. Die Vorfinanzierung «Konjunkturausgleichsreserve» (P9240) wird aufgehoben.
4. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine externe Expertise zur Entwicklung der Spitalkosten erstellen zu lassen.
5. Die im Bericht der Geschäftsprüfungskommission unter Kapitel IV. aufgeführten Empfehlungen zuhanden des Regierungsrates werden gutgeheissen.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Böckow, Landeskanzlei

*

Nr. 2067

11 2014/168 Berichte des Regierungsrates vom 13. Mai 2014 und der Finanzkommission vom 12. Juni 2014: Nachtrags- kreditbegehren zum Budget 2014

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) erklärt, gemäss § 24 des Finanzhaushaltsgesetzes müsse der Regierungsrat dem Landrat rechtzeitig Nachtragskreditbegehren unterbreiten, wenn das Budget für eine Aufgabe keinen oder keinen genügenden Kredit enthält. Gleichzeitig informiert der Regierungsrat über die voraussichtliche Entwicklung des laufenden Haushalts.

In diesem Jahr gibt es nur einen einzigen Nachtragskredit, über den gesondert, im nächsten Traktandum, entschieden wird.

In seinem Kommentar zum laufenden Haushalt berichtet der Regierungsrat, dass für das Jahr 2014 mit einem Defizit von CHF 114 Mio. gerechnet werde. Das Budget sah ein Defizit von lediglich CHF 40 Mio. vor. Die Gründe für diese Abweichung sind vielfältig: Mehrkosten im Gesundheitsbereich und bei den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV, nicht oder noch nicht realisierbare Einsparungen im Personalwesen und die fehlende Gewinnausschüttung der Nationalbank.

Die Finanzkommission nahm mit grossem Unbehagen von dieser Entwicklung Kenntnis. Verschiedentlich wurde angemerkt, dass der Wille zu echten Sparanstrengungen immer noch zu klein sei. Es wurde aber auch konstatiert, dass viele externe Gründe für die Verschlechterung der Finanzsituation verantwortlich sind und vom Kanton gar nicht direkt gesteuert werden können, so zum Beispiel die Demographie oder der Bildungsanspruch der Bevölkerung.

Die Kommission fordert eine genaue Analyse der Kostentreiber, insbesondere im Bildungs- und Spitalbereich. Ausführliche Kosten- bzw. Ausgabenberichte liegen bereits vor oder sind in Erarbeitung. Bei der Debatte zur Staatsrechnung 2013 wurde der Regierungsrat soeben mit der Durchführung einer externen Expertise zur Entwicklung der Spitalkosten beauftragt.

Die Zahlen zur laufenden Rechnung sind eine Hochrechnung nach dem ersten Quartal dieses Jahres; die Finanzkommission hat in der Zwischenzeit die Budgettrichlinien beraten, und dank eines strafferen Budgetprozesses, für den Finanzdirektor Anton Lauber sorgt, sieht es

fürs Budget 2015 deutlich besser – oder zumindest deutlich weniger schlecht – aus.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Landrat mit 13:0 Stimmen, den Kommentar zur laufenden Entwicklung des Haushalts zu Kenntnis zu nehmen.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Der Landrat nimmt einstimmig den Kommentar zur laufenden Entwicklung des Haushalts zur Kenntnis, ebenso dass der Regierungsrat neben dem Nachtragskreditantrag zur Umstellung der IT-Arbeitsplätze in der Kantonalen Verwaltung auf eine neue Plattform, welcher dem Landrat in einer separaten Vorlage überreicht wurde, keine weiteren Nachtragskreditbegehren stellt.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.48]

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 2068

12 [2014/135](#)

Berichte des Regierungsrates vom 8. April 2014 und der Finanzkommission vom 26. Mai 2014: Nachtragskredit zur Umstellung der IT-Arbeitsplätze in der Kantonalen Verwaltung auf eine neue Plattform

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) verweist auf den [Kommissionsbericht](#); darüber hinaus betont er, dass der Regierungsrat gemäss Finanzhaushaltsgesetz die Finanzkommission am 9. April 2014 über eine dringliche Ausgabe von CHF 650'000 für diejenigen Projektkosten in Kenntnis gesetzt habe, die zwischen dem Aufbrauchen des Projektbudgets und der voraussichtlichen Bewilligung des Nachtragskredits durch den Landrat getätigt würden. Damit sollten ein teurer Abbruch und ein danach erneutes Hochfahren des Projekts verhindert werden.

Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission unbestritten. Die Finanzkommission war zwar sehr erstaunt über die massiven Mehrkosten. Die Gründe dafür waren aber für die Kommissionsmitglieder nachvollziehbar. Dazu zählten das Mengengerüst und die Komplexität des Projekts, die Zentralisierung der IT in der kantonalen Verwaltung – eine grosse Aufgabe – und die vielen Schnittstellen- und Umstellungsprobleme, die es zu bewältigen gilt. In den verschiedenen Direktionen waren vor der Umstellung unzählige Applikationen und Programmversionen im Einsatz. In Zukunft sollten Einzellösungen in den Direktionen aber der Vergangenheit angehören. Sämtliche Applikationen sind nach Abschluss des Projektes sauber dokumentiert und vereinheitlicht. Die Installation von Programmen durch einzelne Mitarbeiter soll ausgeschlossen sein.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 11:0 Stimmen, dem Landratsbeschluss zuzustimmen.

– *Eintretensdebatte*

Roman Klausser (SVP) kritisiert die «Pflächterlipolitik». Die ganze IT-Geschichte kostet den Kanton immer wieder sehr viel Geld. Wann immer ein Hersteller umstellt, muss der Kanton nachrüsten. Was fehlt, ist eine Strategie. So kommt alle anderthalb Jahre wieder ein solcher Nachtragskredit nach dem Motto «Es hat wieder einmal nicht gereicht». Es braucht eine grundlegende und gesamthafte Planung.

Die SVP-Fraktion wird sich mehrheitlich der Stimme enthalten.

Mirjam Würth (SP) betont, das vorliegende Projekt sei, wie so viele aus der IT, kein Vorzeigeprojekt. Es zeichnet sich durch eine Kostenüberschreitung von 50 % aus; man wurde überrascht vom Mengengerüst und von der Komplexität. Wahrscheinlich hätte man mit einer etwas besseren Führung des Projektmanagements von Anfang an ein besseres Projekt aufgleisen können.

Es ist nun aber auch so, dass drei Viertel des Weges zurückgelegt sind und dass das letzte Viertel nun noch gegangen werden muss; es bleibt also nichts anderes übrig, als die CHF 4,25 Mio. als Nachtragskredit zu bewilligen. Die SP-Fraktion betont, dass solche IT-Projekte immer sehr kompliziert sind und dass sie eines sehr sorgfältigen Projektmanagements bedürfen. Der vorliegende Fall ist diesbezüglich nicht gerade ein Ruhmesblatt.

Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit mehrheitlich zu.

Michael Herrmann (FDP) gibt bekannt, dass auch die FDP-Fraktion zustimmen werde, auch wenn es sich nicht unbedingt um eine sehr erfreuliche Sache handelt. Immerhin sollen nun die Einzellösungen pro Direktion abgelöst werden durch einheitliche Lösungen. Laut Vorlage gab es so viele Sonderzügelein, dass gar kein Überblick möglich war. Nie ganz gefeit ist man vor Kosten bei Softwareablösungen (aktuelles Beispiel: Windows XP).

Claudio Botti (CVP) kündigt an, dass auch die CVP/EVP-Fraktion diese Kröte schlucken werde. Was auffällt, ist die fehlende Planung: Es war absehbar, dass irgendwann einmal Windows XP abgelöst und nicht mehr unterstützt werden würde, aber geplant wurde das nicht. Dass dies in Zukunft anders laufen solle, wurde der Kommission zugesagt. Einzellösungen sind immer unschöne Kostentreiber, die niemand so richtig im Griff hat. Dem ist Einheitlichkeit vorzuziehen. Mike Bammatter hat versichert, dass künftig auf Gesamtlösungen gesetzt werde, dass gründlich geplant werde, so dass auf die neuesten Releases rechtzeitig reagiert werden kann. Dabei ist ihm viel Kraft zu wünschen, diese Pläne in allen fünf Direktionen durchzusetzen, denn das würde wirklich helfen, Kosten einzusparen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) fasst das Geschäft wie folgt zusammen: «Suboptimales Projektmanagement, verursacht durch suboptimale Zusammenarbeit und Information zwischen den Direktionen». Das ist der Grund für den Nachtragskredit. Die Alternativen sind beschränkt. Die grüne Fraktion wird dem Nachtragskredit zustimmen. Der Regierungsrat sollte darauf achten, dass bei solchen operativen Detailfragen wirklich gut zusammengearbeitet wird. Der Drang, etwas eigenes machen und dies auch hieb- und stichfest begründen zu wollen, ist ein sehr starker

Drang, der einen oft den Blick aufs Ganze verlieren lässt. So lange man das nicht abstellt, wird es immer wieder zu negativen Überraschungen kommen.

Laut **Gerhard Schafroth** (glp) lohnt es sich, die Vorlage zu diesem Nachtragskredit wirklich zu studieren, eventuell in einem ruhigen Moment in den Sommerferien: Es handelt sich um ein Beispiel, wie man so ziemlich alles falsch machen kann, was man überhaupt falsch machen kann. Es wurde umgestellt, und niemand weiss, um wie viele Computer es eigentlich geht; dann merkt man, dass das Geld nicht reicht, und diese Erkenntnis schiebt man so lange auf die lange Bank, bis ein Nachtragskredit fällig wird mit der Begründung, es herrsche grosser Zeitdruck und eine Umkehr sei nicht mehr möglich. Alles ist schief gelaufen, aber niemand stellt die Frage nach der Verantwortlichkeit. Die Verantwortung des Finanzdirektors und seiner Direktion, aber auch der anderen Regierungsmitglieder und der Zuständigen in ihren Direktionen, die nichts im Griff hatten, ist schlicht kein Thema! Man bewilligt nun dieses Geld und macht einfach weiter, ohne dass eine saubere Lösung auf dem Tisch liegt.

Die neuen schönen Versprechungen, es werde alles besser, gibt es schon seit Jahren zu hören. Bei jedem Problem gibt es schöne Versprechungen... Dem Landrat wurde mit diesem Nachtragskredit das Messer an den Hals gesetzt; was der Regierungsrat mit dem Parlament anstellt, ist höchst problematisch. Er hätte schon längst eine Vorlage bringen und das Thema darin anständig behandeln können.

Hanspeter Weibel (SVP) bemerkt, es werde wieder einmal vom «roten Faden» gesprochen. Es gab einmal eine PUK Informatik und eine GPK-Arbeitsgruppe dazu; es wird immer wieder von Informatikproblemen, über Geld und Komplexität gesprochen.

Es ist richtig, wie Gerhard Schafroth von Verantwortung zu sprechen, aber dabei muss auch das Parlament Verantwortung übernehmen: Natürlich kann man immer wieder eine PUK einsetzen oder die GPK Empfehlungen aussprechen lassen; aber man sollte sich vielleicht einmal überlegen, ob man nicht – gerade für derart komplexe Geschichten wie Informatik – eine separate Kommission schaffen sollte, die solche Vorgänge fachlich begleitet und rechtzeitig Forderungen anmeldet.

Das Nachtragskreditbegehren ist eine Pseudo-Vorlage. Selbst wenn man dazu Nein sagt, ist das Geld doch schon ausgegeben. Zu einer Vorlage, die effektiv gar keine ist, kann man nicht sachlich Stellung nehmen, und deshalb hat sich die SVP-Fraktion zur Stimmenthaltung entschieden.

Marc Bürgi (BDP) gibt Hanspeter Weibel insofern recht, als dieser Zustand wirklich sehr unbefriedigend sei. In einem Punkt möchte er seinen Vorredner aber korrigieren: Auch er als Kommissionspräsident wäre nicht zu einem anderen Schluss gekommen, wenn er feststellen muss, dass vorhandene Applikationen und unzählige Programmversionen gar nicht dokumentiert sind. Es liegt wieder einmal ein – leider negatives – Paradebeispiel im Bereich IT vor: Im Projektmanagement musste festgestellt werden, dass man bei der Budgetierung um ganze 51 % daneben gelegen hatte. Angesichts der finanziellen Situation des Kantons ist das sehr unschön. Man sollte sich schon einmal überlegen, ob man lieber auf den Grundsatz «bottom

up» statt «top down» und auf ein prozessorientiertes Vorgehen setzen sollte. In einem QMS-System sollten in der Vergangenheit getätigte Veränderungen lückenlos dokumentiert werden, damit keine unerwarteten Überraschungen mehr passieren, die zu solch hohen Budgetüberschreitungen führen.

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) reagiert auf die Anregung Hanspeter Weibels, eine spezielle IT-Kommission einzusetzen: In der Finanzkommission wurde dies, im Zusammenhang mit einem hängigen [Verfahrenspostulat](#), diskutiert. Diese Frage wird also nächstens auch der Landrat eingehend besprechen können.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) räumt ein, es sei unbestrittenenermassen falsch budgetiert worden, und damit sei die Situation tatsächlich unbefriedigend.

Die IT-Leute, die verantwortlich sind und heute auf der Tribüne sitzen, haben einen umfassenden Bericht und eine umfassende Dokumentation über das Geschehene erstellt und aufgezeigt, wie die Thematik angegangen werden kann.

Die Finanzkontrolle führt ein Audit über die IT in der Kantonsverwaltung Basel-Landschaft durch; das ist begrüssenswert, und daran haben alle gerne mitgewirkt. Das Resultat dürfte schon nächstens vorliegen. Je nach Ergebnis könnte auch noch eine externe Überprüfung ins Auge gefasst werden. In Absprache mit der Finanzkontrolle wurde bis anhin darauf verzichtet.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress *keine Wortbegehren*

Ziffern 1-3 *keine Wortbegehren*

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen beantragt.

– *Beschlussfassung*

://: Dem Landratsbeschluss betreffend Nachtragskredit zur Umstellung der IT-Arbeitsplätze auf eine neue Plattform wird mit 48:4 Stimmen bei 32 Enthaltungen zugestimmt.

[Namenliste einsehbar im Internet; 12.02]

**Landratsbeschluss
betreffend Nachtragskredit zur Umstellung der
IT-Arbeitsplätze auf eine neue Plattform**

vom 26. Juni 2014

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft

1. beschliesst die Freigabe von 4,25 Mio. Fr., Konto «IT-Dienstleistungen» (Generalsekretariat FKD/ZID), zusätzlich zum ursprünglichen Projektbudget «Cliz» von 7,9 Mio. Franken;
2. nimmt zur Kenntnis, dass sich dieser Betrag von 4,25 Mio. Franken wie folgt aufteilt:
für die BKSD: 0,75 Mio. Fr.

für die BUD : 0,40 Mio. Fr.
für die FKD/VGD: 1,80 Mio. Fr. (inkl. 800'000 Fr.
Parallelbetrieb)

für die SID: 1,30 Mio. Fr.;

3. nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat dringlich für die Übergangszeit zwischen Auslaufen des Projektbudgets und der voraussichtlichen Bewilligung des Nachtragskredits 650'000 Fr. beschlossen hat.

[2014/229](#)

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 26. Juni 2014: Überprüfung Neuer Verwaltungs-Führungsmodelle für den Kanton

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 2069

[2014/222](#)

Motion von Christoph Buser vom 26. Juni 2014: Verbesserung der Parkplatzsituation am UKBB

Nr. 2070

[2014/223](#)

Motion von Patrick Schäfli vom 26. Juni 2014: Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende an der Universität Basel gefordert!

Nr. 2071

[2014/224](#)

Postulat von Rahel Bänziger vom 26. Juni 2014: Förderung von Spezialkulturen im Baselbiet

Nr. 2072

[2014/225](#)

Postulat von Rahel Bänziger vom 26. Juni 2014: Gestaltungsmöglichkeiten im Gesundheitssystem

Nr. 2073

[2014/226](#)

Postulat von Gerhard Schafroth vom 26. Juni 2014: Direkte niveaugleiche Veloverbindung Schwieriweg - Oristalstrasse

Nr. 2074

[2014/227](#)

Postulat von Susanne Strub vom 26. Juni 2014: Region stärken Förderung der Lebensmittelproduktion und der gesunden Ernährung mit regionalen und nachhaltig produzierten Produkten

Nr. 2075

[2014/228](#)

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 26. Juni 2014: Eine Staatsreform wagen

Nr. 2076

Nr. 2077

[2014/230](#)

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 26. Juni 2014: Überprüfung Kantonale Beteiligungen

Nr. 2078

[2014/231](#)

Postulat von Julia Gosteli vom 26. Juni 2014: Reduktion der Ausbau-Standards bei Strassen- und Gebäudeunterhalt

Nr. 2079

[2014/232](#)

Postulat von Christoph Frommherz vom 26. Juni 2014: Mehr TU- und GU-Wettbewerbe bei Bau-Grossprojekten

Nr. 2080

[2014/233](#)

Interpellation von Christoph Buser vom 26. Juni 2014: Spitallandschaft BL: Der Eigenversorgungsgrad im kantonalen Vergleich

Nr. 2081

[2014/234](#)

Interpellation von Christoph Buser vom 26. Juni 2014: Existenzbedrohende Altlastensanierungen bei Baselbieter KMU

Nr. 2082

[2014/235](#)

Interpellation von Christoph Buser vom 26. Juni 2014: Trinationale Strategie Strasse im Agglomerationsprogramm Basel

Nr. 2083

[2014/236](#)

Interpellation von Hansruedi Wirz vom 26. Juni 2014: WB - Dampfzug weist Sicherheitsmängel auf

Nr. 2084

[2014/237](#)

Interpellation von Kathrin Schweizer vom 26. Juni 2014: VASA-Gelder für die öffentliche Hand

Nr. 2085

[2014/238](#)

Interpellation von Florence Brenzikofer vom 26. Juni 2014: Maturitätsquote

Nr. 2086

[2014/239](#)

Interpellation von Julia Gosteli vom 26. Juni 2014: Bestätigte Verträge von Sekundarlehrpersonen

Nr. 2087

[2014/240](#)

Schriftliche Anfrage von Siro Imber vom 26. Juni 2014: Steuereinnahmen im schweizerischen Sektor des Flughafens Basel-Mülhausen

Nr. 2088

[2014/241](#)

Schriftliche Anfrage von Siro Imber vom 26. Juni 2014: Steuerprivilegierung und Opportunitätskosten der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB)

Nr. 2089

[2014/242](#)

Schriftliche Anfrage von Siro Imber vom 26. Juni 2014: Einführung von Globalbudgets

Nr. 2090

[2014/243](#)

Schriftliche Anfrage von Siro Imber vom 26. Juni 2014: Zweijährige Budget- und /oder Rechnungsperiode

Nr. 2091

[2014/244](#)

Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion vom 26. Juni 2014: Für eine unparteiische Justiz

Zu allen Vorstössen keine Wortmeldung.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 2092

Mitteilungen

– Taggeldabrechnungen

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) bittet ihre Ratskolleginnen und -kollegen darum, ihre Abrechnungen bis spätestens 30. Juni 2014 der Landeskanzlei einzureichen. Weiter gibt sie bekannt, dass die heutige Bürositzung unmittelbar nach der Landratssitzung stattfindet.

– Verabschiedung von Landratspräsidentin Marianne Hollinger

Regierungspräsident **Urs Wüthrich** (SP) verabschiedet die scheidende Landratspräsidentin wie folgt:

«Geschätzte Frau Landratspräsidentin, liebe Marianne, geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
 'Zusammenkunft ist ein Anfang, Zusammenhalt ist ein Fortschritt, Zusammenarbeit ist der Erfolg.' – Diese Einsicht von Henry Ford beschreibt präzise das Wirken, die Erwartungen und Hoffnungen der abtretenden Landrats-

präsidentin.

Unser Kantonsparlament hat bei seinen Zusammenkünften immer wieder einen Anfang gestartet, ohne dass man am Ende der Sitzungen auch jeweils am Schluss der Traktandenliste gelandet wäre.

Zusammenhalt als Voraussetzung für den Fortschritt: Diese Erwartung hatte Marianne Hollinger ins Zentrum ihrer Antrittsrede gestellt, als sie das Motto 'Zämmehebe' ausgegeben hatte. Zusammenhalt nicht nur in den Fraktionen und im Landrat, sondern auch als Gemeindepräsidentin: Marianne Hollinger hat speziell auch die Gemeinden aufgefordert, diesem Motto nachzuleben. Dieser Ruf wurde gehört, wie sich bei der Abstimmung über die Ausfinanzierung der Pensionskasse eindrücklich gezeigt hat. Wie wichtig für Marianne Hollinger speziell auch der Zusammenhalt zwischen Land- und Regierungsrat ist, hat sie schon an der ersten Landratssitzung vom 5. September 2013 demonstriert: Statt Schokoherzen aus Aesch, dem Wohnort der neuen Landratspräsidentin, wurden Süssigkeiten aus Allschwil, dem Wohnort des neuen Regierungsrats Toni Lauber, verteilt. Marianne Hollinger verstand das als gutes Omen für die Verständigung zwischen dem Parlament und der Exekutive. Die Aescher Schokoherzen wurden dann eine Sitzung später noch nachgeliefert.

Begeistert von Bertrand Piccard, hatte Marianne Hollinger den Landrat aufgerufen, das Baselbiet zum Fliegen zu bringen. Schaut man sich die Beratungen etwa zum Polizeigesetz oder zum Landratsgesetz an, hat man aber nicht den Eindruck, als sei der Landrat permanent mit Überschallgeschwindigkeit unterwegs gewesen...

Das Stichwort 'Zusammenarbeit' zuletzt war eine Kernfrage; dabei ging es weniger darum, *ob* man zusammenarbeiten möchte, sondern *wie*. Die Zusammenarbeit stand auch im Zentrum der intensiven Diskussionen zum Thema 'Kooperation oder Fusion'.

In jugendlicher Frische hatte Marianne Hollinger am 24. Dezember 2014 einen runden Geburtstag (laut Landratsprotokoll 'zwischen 50 und 70') gefeiert. Diese jugendliche Frische war immer wieder zu erleben, wenn sie an Festanlässen oder Delegiertenversammlungen Grüsse des Kantons überbrachte.

In ihrem Präsidialjahr hat sie auch Herausforderungen bewältigt, die gleichermassen anspruchsvoll und belastend waren: Bei der Aufarbeitung der Diskussionen rund um Sitzungsgelder und Honorare von Regierungsmitglieder und KantonsvertreterN hat Marianne Hollinger ihre Qualitäten in Sachen Krisenmanagement genauso unter Beweis gestellt wie im Zusammenhang mit den Turbulenzen in der Landeskantlei.

Unter den vielen sehr freudigen Ereignissen, die Marianne Hollinger in ihrem Präsidialjahr erlebt hat, ragt sicher als absolutes Highlight der Besuch des 'Musikantenstadl' in der St. Jakobshalle heraus. Marianne Hollinger hat meine Einladung, ungefähr eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn, sehr gerne angenommen und danach die Erfahrung gemacht, wie es ist, Andy Borg Aug' in Aug' zu begegnen [*Heiterkeit*], eine Erfahrung, die man das Leben lang nicht vergessen wird, zumal man dabei sitzen bleiben kann... [*Heiterkeit*]

Ich werde dich, geschätzte Marianne, gerne in Erinnerung behalten als fröhliche Begleiterin an unterschiedlichsten Anlässen, als engagierte Regisseurin der Landratssitzungen, aber auch als überzeugende Visitenkarte unseres Kantons, wo auch immer du unser Baselbiet vertreten hast.

Liebe Marianne, für dein grosses Engagement danke ich dir ganz herzlich. Ich wünsche dir für die Zukunft alles Gute, viele bereichernde Erfahrungen, glückliche Momente. Mit deinem Eintritt in die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission erbringst du den Tatbeweis, dass du auch speziell schwierige Herausforderungen [*Heiterkeit*] mit Zuversicht und Begeisterung in Angriff nimmst.

Es ist mir nun eine spezielle Freude, dir ein Geschenk zu überreichen. Es handelt sich dabei um eine Oris-Uhr, was mich aus mehreren Gründen sehr freut: Erstens kann der Regierungsrat so einen konkreten Beitrag zur Wirtschaftsförderung leisten; zweitens ist es ein Geschenk, das der Kanton als bleibende Erinnerung seinen Spitzensportler(inne)n übergibt und das deshalb auch einer Spitzenpolitikerin gut ansteht; und drittens habe ich kürzlich die Sünde begangen, bei der Grundsteinlegung des Biozentrums eine nigelnagelneue Oris-Uhr zu vergraben – diese Uhr hier soll nicht vergraben werden, sondern dich, Marianne, an die gute Zeit als Landratspräsidentin erinnern. Alles Gute!»

[*Der Regierungsräsident überreicht Marianne Hollinger das Geschenk. Langer Applaus*]

– *Abschlussrede*

Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** (FDP) wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden:

«Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zuerst herzlichen Dank an Regierungsräsident Urs Wüthrich für seine netten Worte. Ich hätte auch den 'Musikantenstadl' angeführt als unser gemeinsames Erlebnis der besonderen Art. Für mich war die Herausforderung vor allem die Frage: 'Wie sag ich's meiner Familie?', denn zuhause schalte ich diese Sendung jeweils aus. [*Heiterkeit*] Aber das Erlebnis war toll. Wenn man einmal sieht, was alles hinter so einer Live-Show steckt – und sei es der 'Musikantenstadl' –, ist es doch eindrücklich. Also nochmals vielen Dank für die ganz spontane Einladung; ich war immerhin Nummer 2 auf der Liste des Regierungsräsidenten, dessen Nummer 1 kurzfristig abgesagt hat, und habe deshalb die Einladung gerne angenommen.

Heute morgen habe ich auf die Pulte im Ratssaal einen kleinen Gruss gestellt. Es sind Produkte aus dem Schlossgarten hinter der Gemeindeverwaltung in 'Aesch bigott'. Nach den Schwierigkeiten beim Amtsantritt, als irrtümlich Schokoherzen aus Allschwil angeliefert worden SIND, habe ich nun auf Eigenproduktion gesetzt: Die Quitten kommen aus dem französischen Garten von Schloss Aesch. Dort lässt es sich auch bei einem kurzen Besuch bestens verweilen. Mit diesem kleinen Dankeschön wünsche ich Euch eine süsse Sommerzeit. [*Applaus*]

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

'Jede Zeit ist umso kürzer, je glücklicher man ist.' – Das haben die Römer gesagt, und das trifft genau auf mein Präsidialjahr zu: Es war ein glückliches Jahr, ein kurzes Jahr und ein ereignisreiches Jahr. Dieses Präsidialjahr war nicht so sehr geprägt durch die grossen weltpolitischen Geschehnisse, nein: Für Schlagzeilen haben wir selber gesorgt... Ich erinnere an die Unstimmigkeiten und Personalwechsel in der Landeskantlei, an Diskussionen über Amtsgeheimnisverletzungen, Indiskretionen, über Honorare und Sitzungsgelder. Das Büro und ich, wir waren gefordert. Rückblickend darf ich feststellen, dass wir in diesen schwierigen Fragen Lösungen gefunden und

klare Wegmarken gesetzt haben. Das Büro – sieben Personen aus fünf Parteien – hat in allen wichtigen Geschäften einvernehmlich im Konsens entschieden. Ich bin stolz auf dieses Büro und auf seine vorbildliche Diskussionskultur. Meinen grossen Dank Euch, liebe Büro-Kolleginnen und -Kollegen!

In meiner Antrittsrede sagte ich: Wir wollen zügig arbeiten! Das ist nur zum Teil gelungen. Wir haben 677 Geschäfte beraten und dazu brauchten wir 91 Stunden, d.h. pro Geschäft durchschnittlich acht Minuten. Das scheint nicht so viel – dennoch sind viele Traktanden liegen geblieben, oft ist man im Detail hängengeblieben. Bemerkenswert ist, dass, sobald ein gewisser Zeitdruck herrschte, die Geschäfte plötzlich zügig haben abgehandelt werden können. Vielleicht – so habe ich mir überlegt – müsste man eine Art sportliche Komponente einführen. Das könnte ich mir so vorstellen: Für jedes nicht behandelte Traktandum eine Liegestütze pro Landratsmitglied, gerade anschliessend an die Sitzung im Plenum [*Heiterkeit*] – da wären manchmal bis zu 30 zusammengekommen... Und wenn sich die Effizienz trotzdem nicht steigert, dann haben wir zumindest einen Beitrag an ein gesünderes Baselbiet geleistet!

Wie auch immer: Bei dieser Flut von neuen Vorstössen brauchen wir unkompliziertere Abläufe, zum Beispiel die Möglichkeit von Zirkularbeschlüssen. Für kurze Fragen in der Fragestunde – ein Anliegen von uns allen – hat der Kanton Jura eine kreative und attraktive Lösung gefunden: die «Fragestunde live», ohne schriftliche Eingabe: Die Fragen werden ad hoc gestellt, und die Regierung antwortet ohne Vorbereitung, ganz spontan. Bei der Bevölkerung im Jura ist diese Fragestunde äusserst beliebt; die Leute hören am Radio und im Internet gebannt zu. Und das englische Parlament kennt das schon längst. Das wäre doch auch bei uns einen Versuch wert!

Überhaupt waren die Besuche bei anderen Parlamenten interessant und lehrreich – auch wenn es nicht bis England gereicht hat –, besonders mit dem Gastkanton Freiburg. Dabei hat sich für mich bestätigt, dass es richtig, ja staatspolitisch bedeutend ist, in den Schulen Französisch als erste Fremdsprache zu lehren. [*Applaus*]

Jetzt gerade habe ich Besuch daheim aus Afrika von Mitarbeitenden eines Hilfswerks, mit dem wir von der Gemeinde aus schon lange zusammen arbeiten. Da erfahre ich hautnah, was es dort für Probleme gibt, aber sie machen daraus keine Probleme, und die Leute sind erst noch von ansteckender Fröhlichkeit. Da wird einem bewusst, wie gut es uns geht mit unserem Staat, wo das Gemeinwesen und die Institutionen gut funktionieren. Wir schätzen das zu wenig! Gehen wir fröhlicher durchs Leben, und seien wir stolz darauf, was wir im Baselbiet und in der Schweiz erreicht haben. Und seien wir aber auch dankbar, was für vergleichsweise einfache Voraussetzungen wir dafür haben.

In diesem Jahr bin ich vielen eindrücklichen Persönlichkeiten begegnet. Nur selten waren diese Persönlichkeiten berühmt, vielmehr waren diese Menschen durch ihr Engagement aufgefallen. Überhaupt: Die schönste Erfahrung in dem Jahr war das Engagement, das ich überall angetroffen habe – der freiwillige Einsatz, die Begeisterung und die Leidenschaft, denen ich in Vereinen, Verbänden und Institutionen begegnet bin. Und dabei hab ich gespürt, dass dieses freiwillige Engagement der Kitt ist, der das Baselbiet zusammenhält. Begeisterung kennt keine Grenzen, schon gar nicht zwischen Ober- und Unterbaselbiet. Mein Dank gilt allen Baselbieterinnen und

Baselbietern, die sich in Freiwilligenarbeit begeistert für ihre Sache einsetzen.

Die eindrücklichste Begegnung aber war jene mit Sevin, mit der ich bei einem Anlass der Procap am gleichen Tisch gesessen hatte. Sie ist sieben Jahre alt und hat die Schmetterlingskrankheit: Die Haut ist dünn und verletzlich und sieht aus wie nach einer schlimmen Verbrennung. Sevin kann keine feste Nahrung zu sich nehmen, da die Speiseröhre ständig wund ist. Mir erzählt sie fröhlich und aufgeregt von ihrem grossen Glück, schon bald in die erste Klasse gehen zu dürfen. Sevin ist für mich die Heldin des Jahres.

Grosses Engagement habe ich auch in der Landeskanzlei angetroffen. Vor einem Jahr herrschte noch grosse Unruhe in der Landeskanzlei, die schliesslich Landeschreiber Alex Achermann dazu bewog, nicht mehr zur Wahl anzutreten; und die 2. Landeschreiberin, Andrea Mäder, hatte gleichzeitig gekündigt. Und wie hat die Landeskanzlei reagiert? Die Mitarbeitenden haben die Ärmel hochgekrempt, in die Hände gespuht und die Lücke mit grossem Einsatz wettgemacht! Für mich und für alle Landräte am wichtigsten war der Parlamentsdienst mit der Co-Leitung von Barbara Imwinkelried und Alex Klee – ein «Dream Team», wie sich bald herausstellte. Alex Klee ist über Nacht zum wichtigsten Partner für mich [*Heiterkeit*] und das Parlament geworden. Ich danke dir, Alex, ganz herzlich für deine kompetente, flexible, humorvolle, ausgezeichnete Zusammenarbeit. Alex war zuständig für Landrats-, Büro- und Ratskonferenz-Sitzungen, aber auch für die Organisation von Parlamentsbesuchen, für Geschenke, bis hin zum erfolgreichen telefonischen Lotsen der Präsidentin, welche die Einfahrt zum Sandgruben-Sportplatz in Pratteln nicht gefunden hat – und das notabene als Nicht-Autofahrer. Alex, du warst mein Glücks-Klee! [*Die Präsidentin überreicht Alex Klee einen Blumentopf mit Klee. Applaus*]

Aber auch allen anderen Mitarbeitenden der Landeskanzlei, die hinter den Kulissen für uns arbeiten, dem neuen Landeschreiber Peter Vetter und rückwirkend Alex Achermann und Andrea Mäder danke ich herzlich.

Herzlichen Dank auch dir, liebe Vizepräsidentin Daniela Gaugler. Du warst immer eine verlässliche, kompetente und unkomplizierte Vizepräsidentin und gute Kollegin für mich; mehr noch: du hast dich richtiggehend um mich gekümmert! So nahm Daniela immer wieder einmal rasch ihren Kamm hervor: 'Du hast wieder ein Nest hinten', sagte sie und richtete meine Frisur. [*Heiterkeit*] Franz Meyer, dir schenke ich einen Kamm – du siehst, es erwartet dich als Vize eine vielseitige, anspruchsvolle Aufgabe im nächsten Jahr... [*Die Präsidentin überreicht dem neu gewählten Vizepräsidenten einen Kamm. Gelächter und Applaus*]

Ich hatte mein schönstes politisches Jahr – dafür danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Landrat – besonders natürlich jenen von meiner Fraktion – und vom Regierungsrat herzlich, und ich danke allen, die mich unterstützt haben.

Für mich 'dörfti's none bitzeli meh si' – und doch ist es gut, dann abgeben zu können oder zu müssen, wenn es am schönsten ist. Am Ziel sein, heisst auch: wieder am Start stehen. Ab jetzt gilt das Motto des Turnfests vom letzten Sonntag in Rünenberg: 'Zäme am Start!' Ich freue mich mit Daniela und mit Euch schon jetzt auf einen guten Start ins neue Amtsjahr.

Bevor ich zum letzten Mal sage 'Die Sitzung ist beendet', wünsche ich Euch allen ein schönes Fest heute

Abend in Lausen und eine schöne Sommerferienzeit. Wilhelm Busch sagte dazu: 'Froh schlägt das Herz im Reisekittel – vorausgesetzt, man hat die Mittel.' – Sollte es mit den Mitteln nicht ganz stimmen, dann bleiben Sie doch im Baselbiet, machen Sie Ferien in der herrlichen Natur zwischen 'Schönebuech und Ammel'.

Die Sitzung ist geschlossen. Vielen Dank.»
[Langer, stehender Applaus]

Ende der Sitzung: 12:20 Uhr.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Die nächste Landratssitzung findet statt am

4. September 2014

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

die Präsidentin:

der Landschreiber: